

Er scheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle andern 30 Pf. pro
3gepaltene Petitzeile

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 29 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 22. Juli 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streifnotizen. — Mängel der z. Z. geltenden Tarifverträge für das Portefeuilles- und Reiseartikelgewerbe nebst einigen Verbesserungsvorschlägen. I. — Die Gewerkschaftsbewegung und die Stellungnahme der Arbeiterchaft. — Der Streifbrotgerant mit dem Postgeheim. — Kritik und seine Weltanschauung. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Ausland. — Soziales. — Kunstschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Briefkasten der Redaktion. — Bücherchau. — Sterbetafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 25. bis 30. Juli ist der 30. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Delmenhorst. Wegen Streik in der Waggenfabrik ist Bezug streng fernzuhalten.

Halle a. S. In der Waggonfabrik von G. Lindner stehen die Holzarbeiter und die Sattler im Streik.

Görlitz. Der Streik bei der Firma Julius Arnade-Weyß dauert unverändert fort. Die Koffer- und Lederverwarenfabrik Wilhelm Meyer ist ebenfalls für Sattler und Portefeuilles aller Branchen gesperrt. Durch die vom Amtshauptmann in Weyß beliebte Ausweisungsmahregel seien alle Ausländer auch für die späteste Zukunft vor Bezug gewarnt.

Mathenow. Wegen Streik ist Bezug streng fernzuhalten.

Hetersen. In der Reiseeffektenfabrik Rönnefeld & Co. und in der Wulfschen Lederverwarenfabrik befinden sich die Kollegen im Ausstand.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest. Portefeuilles und Ledergalanteriearbeiter, die noch nicht 6 Monate dem Verbandsangehören, werden gewarnt nach hier zuzureisen, da sie laut Tarifvertrag nicht eingestellt werden.

Karlsbad. Die Firma Hofmann ist gesperrt.

Prag. Die Firma Stein & Freund, desgl. die Firma Schneider in Radoitz sind gesperrt.

Pardubitz. Die Werkstattd Gladna ist zu meiden, desgl. in Raab und Kaschau die Firma Zullschan & Frauenstein.

Belgien.

Brüssel. In der Reiseeffektenfabrik von Charlet stehen 72 Kollegen im Streik.

Serbien.

Belgrad. Kuffermacher und Täschner werden dringend ersucht, Belgrad zu meiden. Jeden, der sich nicht willenslos fängt, lassen die hiesigen Fabrikanten ausweisen.

Von allen den vorgenannten Orten ist der Bezug streng fernzuhalten.

Mängel der z. Z. geltenden Tarifverträge für das Portefeuilles- und Reiseartikelgewerbe nebst einigen Verbesserungsvorschlägen.

H. W. Dank der Entfaltung der Kleintaschenindustrie ist der Geschäftsgang in der Lederverwarenindustrie Deutschlands seit zirka einem Jahre als günstig zu bezeichnen. Durch das Vorhandensein einer geeinten Organisation für alle in Betracht kommenden Arbeiter, war es an verschiedenen Orten möglich, auf Grund des Tarifverhältnisses die Löhne in die Höhe zu bringen, ohne jedoch alle berechtigten Wünsche der Arbeiter zu befriedigen. Dieses muß der kommenden Tarifbewegung vorbehalten bleiben. Eingeweihte Kreise wollen wissen, daß die Tamentaschenmode ihren Höhepunkt erreicht hat, weshalb weitverbreitete Fabrikanten beginnen, den übrigen Zweigen der Industrie neue Absatzgebiete zu schaffen.

Leider ist die schon so oft gerügte Tatsache auch in diesem Jahre zu verzeichnen, sobald die Verdienste der Kollegen nur etwas über die gewöhnliche Lohnhöhe steigen, sie dann für die Bestrebungen ihrer Organisation nur noch die Vertragsleistung übrig haben. Im allgemeinen und sonstigen lassen sie alles gehen wie es wolle. Sie trösten sich damit: „Kommt Zeit, kommt Mut!“ Und: „Unser Vorstand ist ja auf dem Posten, der wird schon aufpassen. Wenn es soweit ist, dann sind wir ja wieder auf dem Platze!“

Wir dagegen sind der Auffassung, unsere Kollegen müßten sich die Erfahrungen der letzten Jahre zunutze machen. Schon die Gewißheit, daß in der Lederverwarenindustrie Hochkonjunkturen tiefeingreifenden Krisen ganz plötzlich weichen müssen, sollte ihnen zu denken geben und sie anspornen, endlich den laissez aller, laissez faire-Standpunkt zu verlassen, dagegen sich mehr als bisher um die beruflichen wie wirtschaftlichen Verhältnisse zu kümmern.

So wie im öffentlichen Leben die Friedenszeiten dazu dienen müssen, die eroberten Positionen zu verteidigen, Kriegsschäden auszubessern, für zukünftige Kämpfe zu rüsten, indem man die Kämpfer instruiert und Geld für etwaige Kriegskosten sammelt, so haben auch die Gewerkschaften alles daran zu setzen, für die Interessen ihrer Mitglieder im gleichen Sinne zu wirken.

Der Verband der Sattler und Portefeuilles hat nun durch seine statutarischen Bestimmungen und Einrichtungen in diesem Sinne vorgearbeitet. Den Mitgliedern kann in Notfällen eine Unterstützung gewährt werden, durch Wort und Schrift wird versucht, Aufklärung unter die Masse zu bringen und nicht in letzter Linie die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesamtkollegenschaft aufzubessern. Als Mittel zum Zweck sollen uns hierbei die Tarifverträge dienen, denen, soweit unsere Verbandsmitglieder in Frage kommen, fast 75 Proz. unterstellt sind. In der Hauptsache ist die Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie daran beteiligt, was nachfolgende Aufzählung beweisen mag.

In 22 Orten Deutschlands werden in nennenswertem Maße Portefeuilles- und Reiseartikel angefertigt, wobei zirka 8500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden. Davon gehören 60 Proz. unserem Verbands, ein Bruchteil eines Prozentes dem Buchbinderverbande und in ebenso geringem Maße der christlichen Gewerkschaft an. 64 Proz. der Gesamtkollegenschaft, oder 92 Proz. der in unserem

Verbande organisierten Reiseartikel- und Portefeuilles-Deutschlands stehen in einem Tarifverhältnis. Bekanntlich lauten die für zirka 6000 organisierte Kollegen und Kolleginnen abgeschlossenen Tarifverträge mit dem 30. Juni 1911 ab, weshalb es durchaus nicht zu früh ist, wenn die Kollegenschaft sich eingehend mit der Frage beschäftigt, ob das Vertragsverhältnis sich zugunsten der Arbeiterchaft bewährt hat? Von der Verantwortung dieser Frage wird es abhängen, ob die Verträge stillschweigend verlängert, oder ob sie behufs Erneuerung gekündigt werden sollen? Ferner ist nicht außer Acht zu lassen, daß auch den Unternehmern das Recht der Tarifkündigung zusteht. Gründe genug, die Gesamtkollegenschaft zu veranlassen, stets auf dem Posten zu sein und ihre heiligen Rechte zu wahren.

Nun sind aber nicht nur die Kollegen in Berlin, Freiberg, Eisenbach und Stuttgart an dem Verlauf der nächstjährigen Bewegung und dem Abschluß eines Tarifvertrages interessiert, sondern bei der großen Zahl der in Frage kommenden Arbeiter auch die gesamte Mitgliedschaft unseres Verbandes. Dazu kommt, daß die Abmachungen in den genannten Orten gleichzeitig als Richtlinien für die übrigen, dem sogenannten Zentraltarif nicht angeschlossenen Orte bei Erringung und Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten.

Es wäre vorechnell gehandelt, die Frage: „Soll das Tarifverhältnis verlängert oder zum Zwecke neuer Vertragsabschlüsse gekündigt werden?“ mit einem glatten „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten. Gewiß, die Arbeiter haben an autoritativer Stelle sich ausdrücklich für Tarifverträge erklärt, aber nicht um der Verträge willen, sondern wegen deren günstiger Wirkung, die sie auf das gesamte Arbeitsverhältnis ausüben können, wenn die Unternehmer ihre Unterschriften auch durch die Tat bestätigen.

Die Unternehmer der Portefeuilles- und Reiseartikelbranche haben in ihren Berichterstattungen an die Handelskammern erklärt, daß sich die Vertragsbeziehungen auch während der schafftesten Zeit der Arbeiterbewegung bewährt haben und zu wünschen ist, daß die tariflichen Vereinbarungen über die vorgesehene Kündigungsfrist in Wirklichkeit bleiben. Die Berliner Handelskammer berichtet für das Jahr 1909, daß das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Lederverwarenbranche geregelt ist, was doch nichts anderes besagt, als daß hier die Unternehmer an dem Vertragsverhältnis nichts auszusparen haben. Trotzdem erklären viele Unternehmer, sie seien tarifmäßig, sie sehnen endlich die Zeit herbei, wo sie in „ihrem“ Hause nach eigenem Belieben schalten und walten können.

Abgesehen von diesen Einzelercheinungen ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß auf Grund des Verpflichtungsparagrafen und der bisherigen Stellungnahme der beiderseitigen leitenden Organe zum Tarifwesen, vor Ablauf der jeweilig gültigen Verträge in der Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie, gleiches Schicksal eines neuen Tarifvertrages es zu gemeinsamen Beratungen kommt wird.

Jedoch ist das Resultat derselben nicht voraussehen, weil zwischen den einzelnen Ortsgruppen der Fabrikantenvereinigung Differenzen in bezug auf Streikversicherung und Einschränkung der Heimarbeit vorhanden sind. Bekanntlich stehen die Berliner Fabrikanten auf dem Standpunkt, die Heimarbeit, insbesondere auf Taschen, einzuschränken.

Aber nicht aus Liebe zu den Arbeitern lassen sie sich leiten, sondern weil es ihnen an dem nötigen Arbeitermaterial fehlt und weil sie im allgemeinen nicht so kapitalträchtig sind, um mit zehntausend Verträgen einzugehen, wonach sie in einem Jahre für mehrere Hunderttausend Mark Ware in Arbeit geben und auch geliefert haben wollen. Diese aus der Eisenbader Schmarbeit entstandene Konkurrenz drückt die Berliner Fabrikanten. So gerne sie auch wollten, sie können das nicht nachmachen. Darum fühlen sie sich gezwungen, der organisierten Arbeiterschaft in ihren berechtigten Forderungen in diesem Punkte und aus den angeführten Gründen beizustimmen. Wir sind nun keine Klammern und nehmen deren Hilfe an, d. h. wenn bis zur Tarifbewegung keine Sinnesänderung bei den Berliner Fabrikanten eintritt. Denn bis jetzt hat die Eisenbader Ortsgruppe die Majorität hinter sich und wird von einem maßgebenden Stuttgarter Fabrikanten unermüdet. Auch der Zweifelsicherung haben die Berliner bis jetzt ihre Zustimmung verweigert, weil sie verstanden, sie den berechtigten Arbeitereingestanden auch ohnedem lauwarm und erfolgreich entgegenzutreten können. Die Möglichkeit, daß sich die allgemeinen Verhandlungen aus diesen Gründen zerbrechen, ist nicht von der Hand zu weisen.

Wir dem auch sei, kommt ein neues, die jetzigen Tarifverträge umfassendes Vertragsverhältnis nicht zustande, so werden von den Arbeitern örtliche Verhandlungen angebahnt werden. Bestimmt ist für heute schon, gleichgültig, ob allgemeine oder örtliche Verhandlungen, die jetzt gültigen Verträge werden einer eingehenden Kritik unterzogen werden müssen. Denn die zutage tretenden Mängel und Lücken sind von einer nicht zu unterschätzenden Tragweite und werden, schon seit langem beiläufig zu werden. Wir behaupten sogar, alle Bedingungen zur Vornahme einer Verbesserung waren vorhanden, nur mangelte es an dem guten Willen. Da aber das Vertragsverhältnis nicht von dem Willen einzelner abhängig sein darf, so müssen einzelne Bestimmungen der Verträge neu geschaffen, andere eine präzisere Fassung erhalten, die es den Kontrahenten zur Unmöglichkeit macht, durch Deutungen, Silbentwischeri und juristische Auslegungen den Verträgen einen Sinn zu geben, der ihrem Geiste widerspricht.

Der Kreis der den Verträgen unterstellten Personen ist zu erweitern. Man möge über die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe denken wie man wolle, das muß allseitig anerkannt werden, daß nur die straffen Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer es zuzwege gebracht haben, wenn der weitest große Teil der Prinzipalität wie der Arbeiterschaft dem Tarifverträge unterstellt sind und wodurch es auch gelungen ist, die größten Auswüchse der Schmutzkonkurrenz zu beseitigen.

In unserem Gewerbe sind die Konkurrenzverhältnisse geradezu als traurig zu bezeichnen. Satten wir doch schon oft Gelegenheit, die geschäftlichen Gepflogenheiten einzelner Lederwarenfabrikanten zu sehen und in den Sitzungen der Schlichtungskommissionen zur Sprache zu bringen, weil die Arbeitslöhne in diesen Schmutzkonkurrenzfirmen rapid herabgedrückt worden sind. Wohl haben da die Arbeitgeberbesitzer unseren Ausführungen zugestimmt, wohl haben sie unseren Kampf gegen solche Hyänen der Industrie gutgeheißen, aber als Kontrahenten mit uns Hand in Hand gegen diese Auswüchse Mahregeln zu ergreifen, da haben sie vollends versagt. Uns sind Fälle bekannt, wo Fabrikanten in aller Öffentlichkeit die geschilderte Schmutzkonkurrenz verurteilen, gleich darauf aber die so gekennzeichneten Firmen mit Aufträgen überhäufen.

Nur zwei Beispiele aus neuester Zeit, zu welchem Preise eine bekannte Eisenbader Firma Waren liefert. Trapezfalten, 20 Zentimeter, außen Schale, Leder auf Wollpapier gezogen, großformatig Sechund gepreßt, Lederteile, moregeprehtes Saffianfutter, innen Strupptasche, außen Vortasche mit aufgesetztem Tresor, werden an eine andere Großfabrik geliefert, die diesen Artikel durch ihren Berliner Vertreter um 24 Mk. das Duzend verkaufen läßt, der 7 1/2 Proz. Umsatzprovision erhält. Sehen wir den Profit der laufenden Firma auf nur 5 Proz. an, so will das heißen, daß die Eisenbader Lederwarenfabrik besagte Tasche um 21 Mk. das Duzend liefert. Wir haben durch Nachskululation versucht, das Mästel zu lösen, müssen aber zu unserer Schande gestehen, wollen wir überhaupt seinen Lohn in Anrechnung bringen, die Tasche nicht unter 24 Mk. pro Duzend herzustellen im Stande wären.

Dieselbe Firma liefert gesteppte Tresors in 11 und 12 Zentimeter, niedrige Fasson mit langem Heberschlag, außen echt Krokodil, echt Nudeln und Saffian. Vorderteil Lederteil mit Karlenauschnitt und Moirerandbündel, Aufsteil eingeschlagen, Vorderteil breit eingekant, Separation innen und außen Leder, Gürtelverschluß und Zugschloß, in 1/2 Duzend-Martons je 2 Stück fortiert, zum Preis von 11 bezw. 12 Mk. pro Duzend. Auf Befragen, wie das möglich ist, antwortet die Firma,

ihm bleiben durch die Taschenabreibung so viel Abfälle, daß sie das Aufheben nicht zu berechnen braucht.

Man es uns auch gleichgültig sein, welche Formen der Konkurrenzkampf der Unternehmer annimmt und wenn die Palme zu reichen ist, die Industrie auf den Hund zu bringen, so verheißt man uns aber mit dem Wörtchen, die Arbeitslöhne und sozialen Gesetze betreffen die Industrie dermaßen, daß sie deswegen zugrunde gehen muß. Obige Beispiele verbieten es, die Wünsche der Arbeiter mit dem Hinweis auf die Konkurrenz abzukleimen.

Doch ein, wenn auch winziger, Teil unserer Kollegenchaft ist ebenfalls nicht von aller Schuld an den mißlichen Verhältnissen im Verste freizusprechen. Wir halten es für unsere Pflicht, auch darauf Bezug zu nehmen.

Bei der summarischen Besprechung des Verlaufs der Tarifbewegung 1908 in das Portefeuller- und Reißerzeigergewerbe schrieb die „Portefeullerzeitung“ (11. 7. 1908) u. a.:

„Es wäre falsch, den abgeschlossenen Frieden in unserem Gewerbe nun zum Anruhen benutzen zu wollen. Den Kampf, den wir predigen müssen, ist ein Paroli dem Unternehmertum gegenüber. Denn so sehr wir Wert auf Treu und Glauben legen, so genau wissen wir auch, daß es eine Anzahl Unternehmer gibt und geben wird, die den Vertrag unterschrieben anerkennen, aber nicht einhalten. Diese zu zwingen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden die Kollegen oftmals Gelegenheit haben...“

Die Tatsachen haben die in dem Artikel zitierten Voraussetzungen vollst. bestätigt. Dort, wo die Kollegenchaft auf dem Posten war, wurden auf Grund der vertraglichen Bestimmungen beachtenswerte Erfolge erzielt. Wir erinnern an die Einführung der zehnjährigen Arbeitszeit in einer ganzen Anzahl von Betrieben, Erhöhung des Minimallohnes über den Tarif hinaus, Erhöhung der Affordlöse usw. Wo aber die Kollegen sich resigniert zurückzogen, weil ihnen der Vertrag materielle Erfolge nicht sofort in den Schoß warf, da fiel die Ausbeutungswut der Unternehmer wahre Orgien. Nach und nach ist es erst den örtlichen Organisationsleitungen möglich gewesen, hier eine Aenderung zum Besseren vorzunehmen.

Ein Außenstehender kann sich gar keinen Begriff von den Aufwendungen an Zeit und Geld machen, die nötig sind, um eine Versammlungsverammlung, hauptsächlich unter den heimarbeitenden Portefeullern zustande zu bringen. Angesichts der verwendeten Mühe und Arbeit ist es geradezu ein Skandal zu nennen, wenn von 50 oder 60 Feinarbeitern 6 oder 7 den dringenden Einladungen Folge leisten. Diese Teilnahmslosigkeit ist um so verdammerlicher, als doch feststeht, daß die Versammlungsverfassungen das Fundament der gewerkschaftlichen Organisation sind und daß gerade hier die alle Teilnehmer berührenden Fragen in bezug auf Lohnhöhe usw. besprochen, Forderungen aufgestellt und begründet werden können. Wir wissen bestimmt, daß keinem Kollegen die Wichtigkeit dieser Besprechungen unbekannt ist, aber die Gleichgültigkeit und die Veringschätzung der eigenen Persönlichkeit verhindern den Sieg der Erkenntnis und geben den Unternehmern Veranlassung, den tariflichen Vereinbarungen möglichst wenig Achtung zu tragen. Andere Kollegen geben vor, ihnen könne in den Mitgliederversammlungen nichts neues gesagt werden, sie wissen schon alles im voraus, was vorgetragen wird. — Ist es einer Ortsverwaltung gelungen, bei einer besonderen Gelegenheit einen Referenten zu bestellen, der einen interessanten, die Sensationslust solcher Kollegen befriedigenden Vortrag halten soll, auch dann sind sie um eine Ausnahme der Versammlung fernzubleiben, nicht verlegen. Sie genieren sich nicht, zu sagen: Ach, wenn der N. N. redet, dann gehen wir nicht hin, den können wir nicht leiden!“

Wir wollen im Interesse der Kollegenchaft und dem guten Verlauf der in Nähe in Angriff zu nehmenden Vorarbeiten eines neuen Tarifvertragsentwurfs wünschen und hoffen, daß alle Kollegen ohne Unterschied des Alters und der Branchenzugehörigkeit das letzte Jahr der Tarifgemeinschaft ausnützen, indem sie Mängel und Fehler des jetzt geltenden Tarifs eingehend in den Versammlungen besprechen und ihre Wünsche formulieren. Denn nur so erwarten sie sich und den Lohnkommissionen den Vorwurf, vieles verkannt zu haben, was im Interesse der Gesamtarbeiterschaft lag und zu eringen möglich gewesen wäre.

Die Genossenschaftsbewegung und die Stellungnahme der Arbeiterschaft.

H. W. Auf den bevorstehenden Tagungen der deutschen Sozialdemokratie in Magdeburg und des internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses in Kopenhagen, soll das Verhältnis zu den Genossenschaften besprochen werden, was der Arbeiterschaft Gelegenheit gibt, sich von neuem eingehend mit

diesem dritten Zweig der modernen Arbeiter- und Wirtschaftsbewegung zu beschäftigen.

Was die Behandlung dieser Frage auf dem internationalen Kongress betrifft, so ist heute schon mit Gewißheit vorauszusetzen, daß man über eine Einheitsklärung nicht hinauskommen wird, da eine einheitliche Aktion für alle angefallenen Länder vorzubereiten durch die Verschiedenartigkeit der Landesgesetze und der unterschiedlichen Beteiligungsziffer der Arbeiterschaft an den Genossenschaften in den einzelnen Ländern so gut wie ausgeschlossen ist. Au sich über den Stand der einzelnen Genossenschaften zu orientieren, sind die internationalen Genossenschaftskongresse, der nächste findet in der Zeit vom 5. bis 7. September 1910 in Hamburg statt, viel besser geeignet.

Anderer liegen die Dinge bei der Behandlung der Genossenschaftsfrage auf dem deutschen Parteitag.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Genossenschaftsfrage vor diesem Forum behandelt wird. Bereits auf dem Berliner Parteitag 1892 hat der jetzt verlorene Genosse Auer in einem sehr eingehenden Referat das Genossenschaftswesen behandelt. Wir können nun nicht behaupten, daß die Stimmung dieses Parteitages für die Genossenschaften günstig gewesen ist. Die angenommene Resolution besagt u. a., die Partei kann die Gründung von Genossenschaften nur da gutheißen, wo sie die soziale Erlösmöglichkeit von im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf gemehrten Genossen bezwecken, aber wo sie dazu dienen sollen, die Agitation zu erleichtern, sie von allen äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien. Es heißt dann an anderer Stelle weiter:

„Im übrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich dem Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften imhinde sind, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Massenkampf der Arbeiter zu befähigen oder gar zu mildern.“

Der Parteitag in Hannover 1899 hat den eben zitierten Beschluß von 1892 zugunsten der Genossenschaften ein wenig revidiert, indem er einer Resolution Bebel zugunste, die u. a. besagt:

„Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.“

Die Konsumvereine, auf diese kommt es uns hier in erster Linie an, sind im Jahre 1909 auf 2222 mit circa 1 1/2 Millionen Mitgliedern angewachsen. Sie hatten einen Umsatz von 288 273 256 Mk., davon 273 371 303 Mk. im eigenen Geschäft und 24 901 953 Mark im sogenannten Lieferkongeschäft. Der Verkaufserlös der selbstproduzierten Waren betrug 44 776 474 Mk.

Der Umsatz der Großverkaufsgesellschaft belief sich auf 74 915 813 Mk., der Umsatz der Verlagsanstalt des Zentralverbandes auf 897 567 Mk., wovon 664 560 Mark selbstproduzierte Waren. Die Verlagsanstalt betreibt eine Druckerei und eine Papierwarenfabrik. Sie erfreut sich einer günstigen Entwicklung und konnte im Berichtsjahr noch reichlichen Abschreibungen einen Heberschlag von 70 464 Mk. verbuchen, der ganz zur Stärkung des eigenen Kapitals und zur Förderung genossenschaftlicher Zwecke Verwendung fand.

Nun wäre es für die Partei kein rühmliches Zeugnis, wenn sie sich dieser gewaltigen Bewegung auf die Dauer verschließen und ihren neutralen Standpunkt nicht verlassen würde. Die sozialdemokratische Partei weiß, daß im wirtschaftlichen Leben Kräfte in Erscheinung treten, die mächtiger als ihre Parteibeschlüsse sind. Sie wird daher, das sehen wir bestimmt voraus, die Beschlüsse von Berlin und Hannover zugunsten der Genossenschaftsbewegung revidieren, so daß sie in den Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung hineinpassen. Sie wird sich dazu um so mehr bemühen sehen, als trotz der bis jetztigen Festlegungen der Partei nicht der schlechteste Teil ihrer Mitkämpfer zu eifrigen Propagandanten der Genossenschaftsbewegung geworden ist und kräftig an dem Auf- und Ausbau der Konsumvereinsbewegung gearbeitet hat, dessen Einfluß es auch mit zu verdanken ist, wenn diese Bewegung sich in den letzten Jahren so kräftig entwickelt hat. Dieser Umstand und die Tatsache, daß die Gewerkschaftskongresse in Köln 1905 und Hamburg 1908 die Gewerkschaftsmitglieder verpflichteten, durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen die Genossenschaftsbewegung zu

Deutschlands aufs tatkräftigste zu unterstützen, war wohl Veranlassung, die Frage auf dem diesjährigen Parteitag zur Verhandlung zu bringen.

Wichtig wird nun die Vermutung ausgesprochen, die Behandlung dieses Gegenstandes auf dem Parteitag wird Anlaß geben, wegen der Neutralsität einiger führenden Organe der Genossenschaftsbewegung eine ins persönliche Gebiet hin-einragende Debatte heraufzubehören. Wie meinen, es liegt in der Macht der Arbeiter, alles zu verhindern, was der Partei- und der Genossenschaftsbewegung hemmend sein kann. Im Verein mit den Gewerkschaften können die drei Zweige der Arbeiterbewegung nur Vorteile für die Arbeiterschaft bringen und zwar jeder Zweig für sich auf dem ihm zugewiesenen Gebiete.

Wenn behauptet wird, von der Betätigung der Partei und der Gewerkschaften hat die gesamte Arbeiterschaft einen Nutzen, von dem Wirken der Genossenschaften aber nur die ihnen angehörenden Mitglieder, so ist das nur bedingt richtig, d. h. soweit der Dividendenbezug in Frage kommt. Der größere Vorteil, an dem die gesamte arbeitende Bevölkerung teil hat, liegt darin, daß die Produktionsgenossenschaften als Preisregulator beim Einkauf von Lebensmitteln wirken und so den Raubgeliüßen preisstreibender Händler ein Halt gebieten. Die andere Befürchtung, die Genossenschaftsbewegung entzweige der Partei und den Gewerkschaften agitatorisch tätige Kräfte, ist ebenfalls nicht zutreffend. Unsere Bewegung leidet durchaus nicht an einem Mangel von Agitatoren; wir können sogar von einem Ueberschuß reden. Dazu kommt, daß eine Bevölkerungsschicht, deren Ziel ist, die Geschicke der gesamten Menschheit zu leiten, auch Personen in ihren Reihen zählt, die über das nötige Verwaltungstalent verfügen. Die Arbeiter üben nicht ohne bestimmte Absicht danach, ihre Kameraden in die einzelnen Verwaltungssphären zu wählen. Auch lautmännliche Fähigkeiten sind anzunehmen, gehört mit zu unserem Weisenschatz. Dazu kommt, daß die Arbeiter nicht nur reden und fordern können, sondern daß sie auch insand sind. Millionenunternehmen aus eigener Kraft unterhält zu dirigieren. Wenn von diesen Gesichtspunkten die Debatte in Magdeburg geleitet wird, so dürfen wir hoffen, daß auch in Deutschland die Genossenschaften sich zu einem mächtigen Faktor im wirtschaftlichen Kampfe des Proletariats entwickeln werden.

Zu der Zeit vom 13.-15. Juni d. J. fand in München der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt, welcher folgende Beschlüsse faßte:

1. Hausindustrie und Heimarbeit.

Hausindustrie und Heimarbeit erweisen sich sowohl in ihrer alten wie in ihrer neuen Form als eine überaus rückständige Betriebsweise. Ihre Kennzeichen sind: lange Arbeitsdauer, niedrige Löhne, Ausbeutung der Kinder und ungesunde Arbeits- und Wohnräume, wodurch die Arbeiterklasse wirtschaftlich und gesundheitlich schwer geschädigt wird. Die ungesunden Arbeitsstätten und der schlechte Gesundheitszustand der Heimarbeiter machen die Heimarbeit zu einem fruchtbareren Feld aller Infektionskrankheiten, wodurch eine hohe Gefahr für alle Konsumenten von Heimarbeitprodukten sowie für die gesamte Bevölkerung entsteht. Im Interesse aller Beteiligten erscheint es daher geboten, der Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen, und ihren Uebergang zur geregelten Betriebsarbeit in gesunden Arbeitsstätten zu fördern. Soweit der genossenschaftliche Zusammenschluß der Heimarbeiter und Hausindustriellen diesen Erfolg verspricht, ist er zu unterstützen.

Soweit die Herstellung der Nahrungs- und Genussmittel durch die Hausindustrie in Frage kommt, sind generell die hausindustriellen Produkte von der Bedarfsbefriedigung der organisierten Konsumenten auszuschließen. Im übrigen ist über geeignete Maßnahmen zur Abhilfe von Mißständen und zur Reform der Heimarbeit von Fall zu Fall zu beschließen.

Ueber Einleitung geeigneter Maßnahmen hat das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beraten. Es soll durch diese beiden Körperschaften für jährliche Aufklärung in Arbeiter- und Genossenschaftskreisen über die Schäden der Heimarbeit gesorgt, es sollen die Verwaltungen der Konsumvereine vor nachteiligen Bezugsquellen gewarnt und in der Erleichterung geeigneter Bezugsquellen unterstützt werden.

2. Strafanstaltszeugnisse.

1. Es kann nicht bestritten werden, daß die Strafanstaltsarbeit in ihrer heutigen Organisation, anstatt die Strafgefangenen in Lehrwerkstätten mit moderner Technik und fortgeschrittenen Arbeitsmethoden zu beschäftigen, fast nur auf die körperliche und geistige Ausnutzung der Arbeitskräfte bedacht ist. Die Arbeitskraft der Gefangenen wird meistens zu einem niedrigen Preise an Privatunter-

nehmer verkauft, die mit Hilfe dieser billigen Arbeitskraft minderwertige und billige Produkte herstellen, durch deren Vertrieb die reelle Warenverteilung, die Konsumenten und die freien Arbeiter gleichermaßen geschädigt werden. Daher erscheint die Ausschaltung solcher Strafanstaltszeugnisse vom freien Wettbewerb und der Uebertragung der Produktion in Strafanstalten zur Herstellung des Bedarfs öffentlicher Anstalten und kommunaler oder staatlicher Verwaltungen in eigener Regie sowohl im Interesse der freien Arbeiter als auch des organisierten Konjunks dringend geboten.

Es wird deshalb den Gewerkschaften und Konsumvereinen dringend empfohlen, nach besten Kräften gemeinsam auf den Ausschluß von Strafanstaltszeugnissen hinzuwirken.

2. Die Vorstände der Konsumvereine werden ersucht, bei ihren Wareneinkäufen und Weiterkäufen keine Artikel zu kaufen, die ganz oder teilweise in Strafanstalten angefertigt sind, und Firmen, die in solchen Anstalten herstellen lassen, oder Strafanstaltszeugnisse in Vertrieb bringen, bei Einkäufen oder Bestellungen nicht mehr zu berücksichtigen.

Die Gewerkschaften verpflichten sich, die Konsumvereine in diesem Vertriebe durch Kamfahmung solcher Firmen zu unterstützen.

3. Von der Gewerkschafts- und Genossenschafts- presse wird erwartet, daß sie die Mißlieblichkeit und das Publikum über die Schäden des freien Wettbewerbes der Strafanstaltsarbeit aufklärt.

Die genossenschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die Mitglieder der Konsumvereine werden in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, bei allen Einkäufen, wo es auch sei, Strafanstaltszeugnisse nicht zurückzukaufen.

3. Anerkennung der Gewerkschaften und deren mit Unternehmerorganisationen vereinbarten Tarife.

Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verpflichtet sich, den Konsumvereinen zu empfehlen, daß bei Lieferungsaufträgen sowie bei Vergabe von Arbeiten der Vereine solche Firmen Berücksichtigung finden, welche die Gewerkschaften und die von diesen mit den Arbeitgeberverbänden abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anerkennen.

Soweit schriftliche Werkverträge über die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen in Frage kommen, wird den Genossenschaften empfohlen, in diese Verträge eine Klausel aufzunehmen, wonach der Unternehmer verpflichtet ist, die Gewerkschaft und die zwischen dieser und den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anzuerkennen.

4. Genossenschaftliche Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder.

Der Gewerkschaftslogreß zu Hamburg 1908 verneint die genossenschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erneut auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftslogreffes (1905), die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen durch Propagierung der genossenschaftlichen Ideen aufs tatkräftigste zu unterstützen.

Der Logreß erachtet die Gewerkschaften für verpflichtet, durch genossenschaftlich-aufklärende Vorträge in den Filialen und durch geeignete Artikel und Hinweise in ihrer Fachpresse sowie durch Druckanschläge in ihren Bureaus und Sitzungsräumen die Werbetätigkeit der Konsumvereine nachhaltig zu unterstützen.

Auf Antrag der Konsumvereine ihres Bezirkes sind die örtlichen Gewerkschaftskartelle verpflichtet, aus Gewerkschaftern und von den Konsumvereinen bestimmten Genossenschaften zu gleichen Teilen bestehende Kommissionen einzusetzen, die geeignete Maßnahmen zur Förderung der genossenschaftlichen Propaganda in die Wege zu leiten haben. Die Gewerkschaftskartelle können außerdem für Vorträge und Druckanschläge sorgen, Spezialerhebungen über das genossenschaftliche Organisationsverhältnis der Gewerkschaftsmitglieder und über die Gründe des Fernbleibens der letzteren von Genossenschaften pflegen und für geeignete Publikationen am Orte wirken.

5. Die Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften.

Es wird anerkannt, daß nach dem Grundsatz der Produktion für den organisierten Konsum die über den örtlichen Rahmen hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine und — soweit bedruckt und unbedruckt Papierwaren und Papiere in Frage kommen — der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist. Die Errichtung besonderer Produktionsgenossenschaften kann daher nur gutgeheißen werden, wenn es sich handelt

1. um Vereinigungen von Genossenschaften eines Bezirkes zur gemeinsamen Produktion bezw. zur Umwandlung einer Arbeitsgenossenschaft in eine Produktionsgenossenschaft, deren Mitglieder die Genossenschaften sind;

2. um industrielle Arbeitsgenossenschaften (so genannte Arbeiterproduktionsgenossenschaften) durch eine Gruppe von genossenschaftlich organisierten Arbeitern, wie solche häufig nach erfolglosen Streiks vorkommen; und

wenn deren Errichtung im Einverständnis mit dem Vorstände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine sowie der zuständigen Gewerkschaftsleitung erfolgt.

Arbeitsproduktionsgenossenschaften, die ohne dieses Einverständnis gegründet werden, sind lediglich als Privatunternehmen zu erachten und können keinen Anspruch auf geschäftliche Verbindung mit den Konsumvereinen des Zentralverbandes erheben.

Die Generalkommission und die zuständigen Gewerkschaftsvorstände verpflichten sich, ihre Mitglieder darüber aufzuklären, daß die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften eine große wirtschaftliche Gefahr für die beteiligten Arbeiter bringen kann und nur dann einige Aussicht auf Erfolg gewährt, wenn alle hierfür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind, d. h. wenn einerseits für eine sachmännische Leitung und ausreichendes Betriebskapital gesorgt und andererseits der Anschluß an den organisierten Konsum gesichert ist. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist von der Errichtung neuer industrieller Arbeitsgenossenschaften dringend abzuraten.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und die Genossenschaften dagegen verpflichten sich, ebenfalls nur dann, wenn die oben erwähnten Voraussetzungen erfüllt sind, mit neuerrichteten industriellen Arbeitsgenossenschaften in Geschäftsverehr zu treten. Ebenso verpflichten sich die Vorstände der Revisionenverbände, nur unter diesen Voraussetzungen neuerrichtete industrielle Arbeitsgenossenschaften als Mitglieder in ihren Verbände aufzunehmen.

Der Streikbrecheragent mit dem Polizeihund.

Die Arbeitswilligenlieferantenfirma Auguste Müller-Wandsbeck hat sich bekanntlich auch schon bei Streiks in unserem Berufe unangenehm betätigt, so bei den Ausständen der Meierlilienfasser der Firma Wassermann-Berlin und in Leipzig. Mit welchem Erfolge, ist ja den Lesern unseres Blattes bekannt. Es dürfte daher die weiteste Öffentlichkeit interessieren, mit welchen Elementen und mit welchen Mitteln die Firma Auguste Müller-Wandsbeck arbeitet.

In launiger Art erzählt Gen. Dr. Seeger in der „Schmiede-Zeitung“ eine Unterhaltung mit einem Agenten der berüchtigten Firma, die er am 3. Juli auf seiner Heimreise von Passum nach Hamburg hatte:

„Ich mußte, als ich von Passum kam, in Bremen umsteigen, um den D. Zug nach Hamburg zu benutzen. Mir gegenüber hatte schon ein Herr mit einem jungen Hund, den ich erst für einen Wolfshund hielt, Platz genommen. Mit Rücksicht darauf, daß ich sehr wenig Hundeverstand besitze, fragte ich den Herrn, zu welcher Rasse dieses Tierchen gehöre, und erfuhr, daß es ein Polizeihund sei. Der Preis betrage 40 Mk. und die Dressur desselben besorge er selbst, da er in diesem „Fach tätig“ sei. In meiner Annahme, daß ich es mit einem Angehörigen der Polizei zu tun hätte, brach ich die Unterhaltung ab und nur erst durch das Erscheinen des Zugführers, der verlangte, daß der Hund im Gepäckwagen untergebracht werden müsse, kam die Unterhaltung wieder in Fluß.

Der Herr erzählte, daß der Hund auf den Mann abgerichtet werden sollte, da er ihn als Schatz gegen die Streikenden gebrauche. Einen solchen Hund habe er schon und dieser sei so schön, daß er einem Menschen die Kleider vom Leibe reiße. Er käme gerade von Delmenhorst, wo er einen Streik in der Kaffee- riefabrik „erledigt“ hatte. Und nun gab der Herr eine eingehende Schilderung dieses Streiks, und durch die Fragen, die ich an ihn richtete, erfuhr ich auch alles, was ich wissen wollte. Er beklagte sich recht bitter, daß die Polizei, und namentlich die Delmenhorster, ihn nicht genügend unterstützt habe. Er hatte verlangt, daß an einem Tage verschiedene Straßen in Delmenhorst, die von den Arbeitswilligen besetzt werden mußten, polizeilich gesperrt würden. Die Polizei weigerte sich anfangs und erst auf seine Erhebung, daß er sich sofort telegraphisch an den Minister wenden würde, hatte er den gewünschten Erfolg. Jetzt ist die Polizei so klein geworden und es klappt so, wie er es gewünscht hatte. Auf meine Frage, ob denn der Streik erledigt sei, antwortete er bejahend. Am Sonnabend sei schon ein Herr vom gelben Verband aus Berlin dagewesen und habe eine Versammlung abgehalten. Ueber 170 Aufnahmen sind gemacht und ein Vorstand gewählt, so daß keine Mission also dort erledigt wäre. Ich fragte dann weiter, ob von den Streikenden auch wieder welche eingestellt würden;

er erwiderte, daß Herr Thomas, der Betriebsleiter, es machen wollte, er aber dann mit seinen Arbeitswilligen sofort abziehen würde. Sollte er aber einige gebrauchen, dann müssen diese ihre Verbandsbücher vor seinen Augen zerreißen, anders könnten keine eingeklebt werden.

Weiter erzählte der Herr, daß sie am Donnerstag in Delmenhorst eine kleine Straßenschlacht geliefert hätten. Die Arbeitswilligen seien mit Gummischläuchen ausgerüstet, da sie keine Revolver mehr tragen dürften. Ein Mitreisender fragte, ob davon nichts in die Zeitung käme, er hätte doch nichts davon gelesen, und erhielt dieser zur Antwort: „daß das nicht breitgetreten werden sollte“. Auch die Gewerksleute hätten für die Arbeitswilligen keine Lebensmittel liefern wollen, oder er hätte sie doch klein bekommen. Heute ist ein Pödenmeister da, der die Wache für circa 450 Mk. Wache liefert. Ein Schlachtermeister liefert alle Wache für circa 600 Mk. Der Kantinenwirt wollte erst nicht anbeihen, aber diesen habe er darauf aufmerksam gemacht, daß er dann die Kantinenverwaltung nicht mehr bekomme.

Nun wollte ich doch wissen, was er für seine aufopfernde Tätigkeit erhielt, und stellte die Frage, ob sie vom Arbeitgeberverband unterstützt würden. Dies verneinte er selbstverständlich und betonte, daß der betreffende Fabrikant ihm als „Kontrollleur“, wie er sich geschwadwoll ausdrückt, pro Tag 30 Mk. bezahlen müsse. Krupp habe kürzlich 4 1/2 Millionen an den Arbeitgeberverband bezahlt, die zum Schutze der Arbeitswilligen verbraucht werden sollen. In diesem Betriebe, also bei Krupp, seien die Gelder schon so stark, daß die Noten nichts mehr unternehmen könnten. Dasselbe wäre bei Siemens u. Schuckert der Fall und die Noten, die in diesem Betriebe noch drin sind, sollen nach und nach auch raus. Es müsse auch mal ausgeräumt werden, denn die Streiks nehmen ja überhand. Sie hätten allein 27 Streiks zu erledigen. Vier Kontrollleure seien sie bloß, also könne man sich denken, wie angestrengt tätig sie sein müßten. Er müsse am Montag schon wieder nach Steinhilber, weil dort kürzlich ein Streik auf der Zementfabrik ausgebrochen wäre. Auf meine Frage, ob er denn gleich Arbeiter mitnehme, und ob sie immer welche auf Lager hätten, erwiderte er: Sie hätten immer eine sogenannte Sterntruppe. Diese setzt sich aus Schlossern, Klempnern, kurzum aus gelernten und ungelernten Arbeitern zusammen. Diese Sterntruppe nimmt er gewöhnlich gleich mit und dann kommt der Nachschub. Sie hätten ja so viele Arbeitswillige, daß sie allen Anforderungen genügen könnten.

Witterweise waren wir in Darburg angelangt und nun meinte der Herr „Kontrollleur“, daß dies ein ganz wertvolles Nest wäre. Hier hätte er im vergangenen Jahr einen Streik der Schauerleute gehabt, der sehr lange gedauert hätte und bei dem verschiedene Schiffe gefallen sind. Daß er dabei wieder ein Loblied auf seine Tätigkeit sang, ist wohl selbstverständlich, und ich war froh, als wir im Hamburger Hauptbahnhof eintrafen. Mit einem Dank für seine freundliche Unterhaltung und dem Hinweis, daß ich ein Gewerkschaftsangehöriger sei, verabschiedete ich mich, ihn mit einem verdunken Gesicht sehen lassend. Selbstverständlich habe ich die Steinhilber Gewerkschaft telegraphisch benachrichtigt, welche angenehmen Besuch sie am Montag zu erwarten hätten.

Jedem eine weitere Bemerkung zu dieser Darstellung will ich mir ersparen. Wie ich anfangs schon bemerkt, sind uns die Praktiken dieses Instituts bekannt und viel Neues bietet auch diese Unterhaltung nicht. Nur um zu zeigen, mit welchem Raffinement diese Herren arbeiten, weiter aber auch, die Arbeiterschaft darauf aufmerksam zu machen, daß schon selbst Polizeibünde im wirtschaftlichen Kampf gebraucht werden und vielleicht auch auf die Streikenden geübt werden sollen, sollte der Zweck dieser Zeilen sein. Mander Mensch schämt sich, wenn er ein schmutziges Gewerbe ausübt, es gibt aber auch Leute, die anders können, zumal wenn sie dabei pro Tag 30 Mk. verdienen.“

Ueber die siegreiche Schlacht der Arbeitswilligen in Delmenhorst, deren Tatbestand in der Cessantität „nicht breitgetreten werden sollte“, bringt der „Vorwärts“ eine beachtenswerte Ergänzung.

Der Agent Müller-Gamburg und sein Komplize Arib Dinz (Hinz wohnhaft bis Donnerstag im Hotel Invalidenten, 85) arbeiten zusammen für die Firma der Wagenfabrik in Delmenhorst bei Bremen. Am Donnerstag ließen sich 10 Arbeitslose anwerben, weil sie glaubten, was der Agent Arib Dinz beitimmt sagte, der Streik sei zu Ende. Alle 10 Mann fuhrten am Freitagnachmittag fort auf das Versprechen hin, daß die Leute 40—50 Mk. verdienen und für Kohl und Logis nur 7 Mk. wöchentlich zahlen bräuchten.

Als sie in Delmenhorst anlangten, wußte noch keiner von ihnen, was los sei. Sie wurden alle Mann nach dem Arbeiterhaus hingebracht, wo sie als erste Erfrischung einen halben Liter Viktorienbräu und ein zwei Zoll dickes Butterbrot mit Kaiser-

jagdman erhalten. Nach beendeter Speisung kamen sie in eine Saal, welcher wie die Rest stark. Strohsäcke stehend, Federn stehend, und diese Luft, und dann noch 30 Mann zusammen! Als die Leute nach der Fabrik kamen, standen schon eine Menge Leute dort, welche nicht arbeiteten, sondern streikten. Jetzt wuchsen die 10 Berliner erst, zu welchen Schurkereien sie herangezogen wurden.

Alle 10 Mann weigerten sich am Fabrikator, zu arbeiten und sagten: Sie seien keine Streikbrecher und verlangten das Meißelgeld nach Berlin. Das war das Signal für die Arbeitswilligen. Diese schlugen mit Wagenrollen, Wagenpeichen, einige von ihnen schossen mit Revolvern, andere schlugen mit Messern, Gummischläuchen und sonstigen Gegenständen. Zu Schaden kam ein Arbeitswilliger, indem ihm das Ohr abgehauen wurde, andere besamen Messerhiebe in Arme, Brust und Rücken, kurz, es war eine richtige Schlacht. Die Polizei nahm den Arbeitswilligen die Waffen ab. Weiter aber geschah nichts. Die 10 Berliner verließen, was sie an Wertpapieren hatten, wie Aktien und dergleichen, damit sie wieder nach Berlin kamen, wo sie ihr Geld vom Verband wieder erhielten.

Wehr Gegenliebe kann der Polizeistaat den ausbeutenden Kapitalisten gewiß nicht gewähren. Auf der einen Seite Landesverweis gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, auf der anderen Seite Nachgiebigkeit auf die bloße Drohung eines obskuren Streikbrecheragenten. Treibt gegen Streikbrechergeißel, brutal gegen Streikende. Herz, was willst du noch mehr!

Brüssel und seine Weltausstellung.*)

Flaudereien von Ad. Th.

Aufbau der Ausstellung.

So sehr sich auch die Komittees bemühen, jeder neuen Weltausstellung ein neues Gepräge zu geben, und so sehr auch tatsächlich in Einzelheiten die Arrangements der verschiedenen Ausstellungen von einander abweichen, so bringt es doch der gleiche Zweck der Ausstellungen von selbst mit sich, daß sie in ihrem Gesamtaufbau dieselben Grundlinien einhalten. Wien hatte sich freilich 1873 die berühmte Notunde geleistet und Paris 1889 den 300 Meter hohen Eiffelturm als fähiges Wunder der Eisenkonstruktion. Beides steht heute noch. Einen ähnlichen Sonderbau weiß allerdings Brüssel nicht auf. Dafür sind hier mit besonderer Vorliebe die Gartenanlagen behandelt worden.

Vom Haupteingang aus fällt der Blick auf die mächtige Fassade des belgischen Hauptpalastes. In fast überreich mit Säulen, Stuck und Plakwerk bewachsenem Renaissancestil streckt sich der Palast zwei-hundert Meter in die Länge. Da er sich auf der Höhe einer breiten Terrasse erhebt, macht er einen pompösen Eindruck. Hinter ihm und durch ihn verdeckt ziehen sich die breiten und tiefen Hallen der englischen und der französischen Ausstellungen hin in leichter, gefälliger Eisenkonstruktion, und alle mit Oberlicht versehen. Demer gibt es in diesen Hallen nicht. Die Decken werden durch waagrecht gelagerte oder herabhängende Leinwand- und Gazeisenen gebildet, etwa wie im Theater. Zehntausende Meter von leichten, weißen Stoffen wurden aufgespannt, ehe die harten und edigen eisernen Dachkonstruktionen der mächtigen Hallen verdeckt waren, und man muß sagen, daß die Leinwand den gewaltig hohen Hallen eine gewisse Wärme und Weichheit verleiht.

Zwischen die französische Industriehalle und die allgemeine Maschinenhalle sind die kleineren Ausstellungen von Griechenland, Luxemburg, Schweiz, Oesterreich, Dänemark, Persien, Italien, der Vereinigten Staaten und der Türkei eingelagert worden. Kreuz und quer führen hier die Gänge, und wer zum ersten Male ein so weit sich erstreckendes Dollenewir besucht, überpringt leicht ganze Viertel und meint trotzdem, er habe sich gewissenhaft alles angesehen. Riemlich 90 000 Quadratmeter werden auf dieser Seite der Weltausstellung von zusammenhängenden Gassen bedeckt, die nach außen als eine einzige Halle erscheinen. Wer sich endlich durchgearbeitet hat, atmet erleichtert auf, wenn er durch eines der Seitentore ins Freie tritt und sein Auge schweifen läßt über die prächtigen Gartenanlagen, die sich hier quer durchs Ausstellungs-gelände bis hinüber nach der Ostseite ziehen, von der aus der Turm des deutschen Hauses uns grüßt. Der eine Teil der Gartenanlagen ist von Paris, der andere von Holland hergerichtet worden. Beide haben ihr beines geleistet, und die gefälligen, farbenreichen Arrangements der Blumenbeete, die von Straßrändern unterbrochen sind, nehmen den Besucher gern ein Stündchen gefangen.

Daß die deutsche Abteilung in sich abgeschlossen ist, wurde bereits gesagt. Ihr Inhalt wird noch zu besprechen sein. Stark ins Auge fallend sind die beiden gewaltigen Büffel vor dem Haupteingang

zur deutschen Maschinenhalle. Die Metallwaren-fabrik Frankfurt a. M. hat sie herstellen lassen und damit gezeigt, daß auch auf diesem Gebiete die deutsche Industrie den Vergleich mit anderen Ländern beinahe ausbittet. Hinter der deutschen Abteilung sind in reicher Anzahl Wapenhäuser für Arbeiter und Arbeitermittel errichtet worden, die unsere Aufmerksamkeit gleichfalls in Anspruch nehmen werden.

Daneben liegt der Platz der „Attraktionen“. Hier ist tolles Zeug zu sehen. Wasserbahnen, Mittelbretter, sich drehende Häuser, Wahrsage-pavillons, eine Treppenzitterbahn, Verabnahmen, eine Zwerghahn, ein Spiegelpalast, ein Kapellentheater, ein orientalisches Terrazzo, das lustige Haus, das lustige Rad, eine Wellenautomobilbahn, die Wasser-rolle, eine Gleitbahn. Man kann über das Raffinement, mit dem hier neue „Attraktionen“ aus-schließlich worden sind zu dem Zwecke, die Besucher um 30 bis 50 Centimes oder auch um einen Frank zu erleichtern. Nicht alle machen gute Geschäfte. Aber wer Glück mit seiner Erfindung hat und das Publikum herausziehen weiß, der verliert als wohlhabender Mann die Ausstellung; denn täglich sind es viele Zehntausende, die das Eintrittsgeld von 1 Frank erlegen und die Ausstellung besuchen. Während die eigentlichen Ausstellungsräume jedem Besucher nach Erlegung des allgemeinen Eintrittsgeldes offen stehen, muß natürlich der Zutritt zu den „Attraktionen“ besonders bezahlt werden. Und sie sind nicht spröde im Geldabknöpfen.

In reicher Abwechslung schließen sich an diesen Teil der Ausstellung Rekonstruktionen der verschiedensten Art. Bier, Wein, Champagner, Limonaden — alles ist zu haben, was das Herz und Magen begehren. Und nicht zu teuer. Das Münchener Bier herrscht vor. Man bekommt für 40—50 Centimes (32—40 Pf.) ein halbes Liter. — Nach dem Haupteingang zu reichen sich vor hier aus Tausende von kleineren Pavillons an, in denen weltbekannte Seifen, Schokoladen, oder andere Fabriken ihre Betriebe den Besuchern vorführen. Ein buntes Gemimmel, dem zu entschlüpfen die große Vierhülle M.-Düsseldorfer aber das neben dem Haupteingange liegende Brüssel-Merckesse mit seinen zahlreichen Erfrischung- und Ausruhegelegenheiten einladet.

Ein ganz oberflächlicher Rundgang durch die Ausstellung, der nur den Zweck hat, daß man sich auf dem Gelände ein wenig orientiert, erfordert immerhin mehrere Stunden. — Nach dem orientieren kommt das Judieren. Das dauert länger.

Bedeutung der Weltausstellungen.

Die bekannte Bezeichnung der Weltausstellungen als Weltjarmärkte ist nicht zutreffend. Denn wenn alle die Futoren, die den Weltausstellungen den Jahrmarktcharakter verleihen könnten, wie die „Attraktionen“ und die weniger wertvollen Schau-sellungen, weggelassen würden, so bliebe trotzdem der Wert der Ausstellung unvermindert. Die gebotenen Belustigungen und Zerstreuungen nimmt der Besucher gern mit in den Kauf, um sich nach Stunden ersten Studiums auszurufen; aber sie machen das Wesen der Weltausstellungen nicht aus. Dieses beruht vielmehr auf einem tieferen wirtschaftlichen Bedürfnis. Der Kapitalismus braucht eben die Weltausstellungen, und es ist kein Zufall, daß die erste wirkliche Weltausstellung vor fünfzig Jahren genau in die Zeit fällt, als die kapitalistische Produktionsweise bis zu dem Reizegrade gelangt war, daß sie sich den Weltmarkt dienbar machen mußte. Seitdem haben in unregelmäßigen Zeitabständen dergleichen internationale Ausstellungen stattgefunden, und die jetzige in Brüssel wird nicht die letzte sein. Obwohl die meisten Weltausstellungen mit unangenehmen Defizits abgeschlossen haben, werden immer wieder neue arrangiert, weil sie eben noch wirtschaftlich notwendig sind. Und der agilitische Wert einer Weltausstellung ist für die leitungs-fähigen Großbetriebe so bedeutend, daß die Unter-nehmer zwar nur mit Unlust die oft sehr beträchtlichen Zuschüsse aufwenden, die mit ihrer Teilnahme an einer Weltausstellung verbunden sind, daß sie sich aber gleichwohl nicht abweisen stellen, weil sie sonst der Konkurrenz das Feld überlassen würden.

Auf der Weltausstellung kommt ebenso ein Wettstreit zwischen den gleichen Industrien der verschiedenen Länder zum Ausdruck, wie sie auch ein Bild gewährt über die gesamte gewerbliche, industrielle und künstlerische Entwicklung jedes Landes für sich. Urteile der Besucher wie „Italien hat sich diesmal gut herausgemacht“, oder „England scheint auf seinen Lorbeeren ausruhen zu wollen“, oder „Frankreich hat sich tüchtig angelehnt“, oder „Deutschland hat diesmal den Vogel abgeschossen“, hört man oft. Jedes Land wird demnach als wirtschaftlich einheitliches Gebilde aufgefaßt und ihm eine Jenur erteilt. Andererseits werden Vergleiche zwischen dem Entwicklungsstand einer bestimmten Industrie in den verschiedenen Ländern gezogen. „In den feinen Webwaren hat Belgien diesmal Frankreich überholt“, oder „in Wasserbauten hat Italien diesmal über England gesiegt und

*. Siehe Nr. 27.

kommt fast an Deutschland heran", oder "in der Kunstmodellbranche müssen wir alle anderen noch immer von Frankreich lernen". — Diese und ähnliche Reden schlagen häufig an das Ohr. In der Regel wird mit bemerkenswerter Unparteilichkeit geredet. Esien wird auch von den Unterlegenen anerkannt, wenn ein anderes Land seit dem letzten internationalen Wettbewerb besonders Tüchtiges geleistet hat. Also mit dem bloßen „Weltjahrmarkt“ ist nicht abgetan. Und einer lernt von anderen; einer sucht dem anderen etwaige Vorteile abzulassen und Mängel oder Fehler zu vermeiden, die er beim Konkurrenten beobachtet hat.

Am Grunde handelt es sich also bei den Weltausstellungen für den Kapitalismus um eine verdammt ernste Sache. Will die Industrie eines Landes nicht an die Wand gedrückt werden, so muß sie rastlos an ihrer Vervollkommnung arbeiten. Neben den Abertausenden, die ruhig von Saal zu Saal, von Halle zu Halle schreiten und sich ansehen, was zu sehen ist, bemerkt man nicht wenige, die nur die Darbietungen ihres speziellen Faches studieren und wochenlang immer nur dieselben Hallen aufsuchen, in denen sie für ihre Branche etwas zu eroischen glauben.

Da jedes Land nur solche Produkte ausstellen darf, die es selbst erzeugt, geben die Weltausstellungen ein ziemlich sicheres Barometer an für den Gesamtstand der gewerblichen und industriellen Entwicklung jedes Landes. Leider hat niemand die Möglichkeit, er müßte denn mehrere Monate da bleiben können, sich alle belehrenden Darbietungen, die geboten werden, zunutze zu machen. So haben beispielsweise Belgien und Holland neben Deutschland auf den Gebieten des Unterrichts und der sozialen Statistik, des Städtebaus usw. Tabellen und Heftchen ausgestellt und ausgelegt, die man in dieser Vollständigkeit nicht wieder zu sehen bekommt, deren Durcharbeitung jedoch allein mehrere Wochen in Anspruch nehmen würde. Auch die Weltausstellungen entwickeln sich eben. Jede wiederholt, was an den vorangegangenen brauchbar und von dauerndem Werte war und setzt etwas Neues hinzu. Noch keine bisherige Weltausstellung hat beispielsweise der Gesundheitspflege so große Aufmerksamkeit gewidmet wie Brüssel. Und wenn ich mich erinnere, was Wien 1873 auf den Gebieten der Seeschifffahrt über des Unterrichts oder der Keramik bot und es mit dem vergleiche, was heute in Brüssel zu sehen ist, da fällt der gewaltige Fortschritt scharf in die Augen.

Untersuchungen aus rein kapitalistischen Gründen und mit rein kapitalistischen Zielen bleiben die Weltausstellungen allerdings unverändert. Mag auch noch so viel von sozialer Wohlfahrt in den Katalogen die Rede sein, mögen auch noch so laubere „Arbeiterschäuler“ zur Schau gestellt werden, Zweck der Ausstellungen ist, dem Kapitalismus Dienste zu leisten. In den Restaurants, die spärweise über das Gelände der hiesigen Ausstellung verteilt sind, gibt es nahe an tausend Kellner und Kellnerinnen. — Nicht einer oder eine von ihnen erhält einen Pfennig Lohn; sie sind ohne Ausnahme auf die Trinkgelder angewiesen. Verrechnet die Ausstellung oder erweist ein solches Restaurant keine Anziehungskraft, so mögen die armen Teufel zusehen, wo sie bleiben. Der „Patron“ ist ihnen gegenüber zu nichts verpflichtet.

(Fortsetzung folgt.)

Aus unserem Beruf.

Die Arbeitslosigkeit im Sattler- und Portefeullegewerbe im Laufe des 2. Quartals 1910 war nach den Ausweisungen des Reichsstatistischen Amtes nicht so groß wie im Quartal vorher. Von den 11 329 männlichen Mitgliedern waren 1040 insgesamt 10 629 Tage arbeitslos und 1456 Tage auf Reisen. 328 bezogen für 3623 Tage 4556 Mk. an Arbeitslosen- und in 406 Fällen für 1139 Tage ebensoviel Mark an Reiseunterstützung. Von den 890 weiblichen Mitgliedern erhoben 27 für 2006 Tage 170 Mk. Reiseunterstützung. Die geringste Arbeitslosigkeit mit 116 männlichen und 13 weiblichen war am Schlusse der 4. Quartalswoche zu verzeichnen, sie stieg im Monat Mai auf 190 bzw. 20, um im Juni auf 168 bei den männlichen zu fallen, dagegen auf 35 bei den weiblichen zu steigen.

Gassel. Das Verdienst, auf dem Gebiete der Maßregelung mitleidiger Arbeiter neue Gründe zur Entlassung entdeckt zu haben, gehört unstreitig der Firma Gebr. Crede u. Co., Waggonfabrik in Niederzwehren bei Kassel. Die Firma beschäftigt 12 Sattler bzw. Tapezierer. Zum Leidwesen der Firma zeigt sich unter diesen Arbeitern Solidaritätsgedühl. Die Sattler und Tapezierer liehen sich Lohnabzüge, wie sie in anderen Berufen, die bei der Firma noch vorhanden sind, in letzter Zeit vorgenommen wurden, nicht gefallen. Zählen doch dieöhne, die bei der Firma Crede u. Co. gezahlt werden, nicht zu den höchsten gegenüber anderen Waggonfabriken. Zieht man die stetig steigenden

Angaben für die Lebenshaltung in Betracht, so haben die Kollegen nur recht, wenn sie sich gegen alle Abzüge wehren, insbesondere gegen die willkürlich von der Firma angelegten Affordpreise, wobei die Arbeiter weit unter dem angelegten Stundenlohn verdienen.

Eine Auflehnung gegen die gebeliebten Grundzüge des Unternehmertums muß jedoch befristet werden. So auch hier. Da man jedoch den „Heter“ nicht direkt herausfinden konnte, wandte man sich anscheinend an einen Phrenologen, um sich die Bedeutung der Schadelnlinien und Geisteszüge erklären zu lassen, um so den Sünder ausfindig machen zu können. Wie lange der Marsch gedauert, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Ehre, den Verbrecher ausfindig gemacht zu haben, gehört würdevoll dem Herrn Adam Crede.

Mit den Worten: „Hören Sie mal, machen Sie denn draußen auch so ein verbissenes Gesicht?“, trat er an einen unserer Kollegen heran. „Wir wollen uns das Leben nicht verbittern und wenn Ihnen das nicht poßt, suchen Sie sich andere Arbeit. Hören Sie auf und gehen Sie also hin, wo es Ihnen besser gefällt.“ sagte Herr Crede weiter, nachdem unter Mollige erwidert hatte, daß er sich nicht anders geben könne, als er sei.

Da dies schon einem Kollegen, der ebenfalls an der Spitze der Transition stand, passiert war, wählte unser Mollige, was die Glode geschlagen hatte und zog es vor, die gaulische Stätte bei der Firma Crede u. Co. zu verlassen. Von weiteren Maßnahmen seitens der Organisation in vorläufig Abband genommen worden. Jedoch können wir der Firma verraten, daß die Sattler und Tapezierer nicht gewillt sind, auf die Dauer dies so weitergeben zu lassen.

Daß die Entlassung des Kollegen eine direkte Maßregelung ist, beweist schon, daß der Kollege 3½ Jahr bei der Firma seine Arbeit zur Zufriedenheit ausgeführt, sich auch sonst nichts hat zuschulden kommen lassen. Ferner sind noch eine Anzahl Kollegen im Betrieb, die bedeutend später eingetreten sind. Wir sind der Meinung und es ist uns dies bestätigt worden, daß man den Kollegen los sein wollte, weil er stets die Interessen der Kollegenchaft vertreten hat. Da man jedoch keine passenden Gründe finden konnte, mußte das „bissige Gesicht“ herhalten. Die Firma Crede u. Co. ist jedoch in der Lage die bissigen Geister verschwinden zu lassen, ohne die betreffenden Arbeiter zu entlassen. Sie möge nur dafür sorgen, daß jeder Arbeiter einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Lohn erhält, damit die Sorgen um die Erziehung verschwinden. Dann werden auch die Arbeiter freundliche Gesichter machen und Herr Adam Crede kann sich an diesen Geistern ergötzen. —der.

Korrespondenzen.

Görlitz. (E. 16. 7.) Am 9. Juli tagte im „Goldenen Kreuz“ die regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Gauweiler Parisch gab in kurzen Kurzfassen ein Bild des augenblicklichen Standes des Streiks bei der Firma Arnado-Woos. Zur besseren Information für die an der Bewegung nicht beteiligten Kollegen ging Redner auf die Gründe ein, die zur plötzlichen Niederlegung der Arbeit geführt haben. Der eingereichte Tarif wurde ebenfalls zur Kenntnis gebracht, gleichzeitig der bis jetzt stattgefunden Schriftwechsel. Daß der Kampf ein gerechter ist und allseitig als notwendig anerkannt wird, beweisen die Sympathieausgebungen aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs. Nicht nur aus Kollegentreifen, nein, auch seitens vieler namhafter Firmen aus dem Sattlergewerbe gehen Glückwunschschriften ein, die bezeugen, daß es höchste Zeit war, hier andere Verhältnisse einzuführen. Die Aufrichtigkeit dieser Kundgebungen wird dadurch bekräftigt, daß meistens gleichzeitig Arbeitsangebote beiliegen. Ein Teil von den Kollegen hat bereits davon Gebrauch gemacht. So steht denn die Sache der kämpfenden Genossen, da auch ein großer Teil „Arbeitswilliger“ abgeschoben werden konnte. Auch die Sperr, die in ganz Deutschland und Oesterreich über Görlitz verhängt wurde, funktioniert ausgezeichnet. So können wir mit dem bisherigen Verlaufe zufrieden sein.

Nach diesen beifällig aufgenommenen Informationen waren verschiedene Wahlen zu vollziehen. Wegen Fortzug mußte ein Kassierer, ein Gaubeisiger und ein Bezirksaffizier gewählt werden. Ebenfalls wurde ein Vermögenskomitee gebildet. Der Kartellbericht wurde ohne Debatte entgegengenommen.

Dresden. (E. 18. 7. 1910.) In der Versammlung vom 12. Juli gab Kollege Berndt die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt, deren Wichtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Hervorzuheben ist, daß im Laufe des Quartals 66 Mitglieder neu eingetreten sind, so daß die Verwaltungszelle jetzt 411 männliche und 11 weibliche Mit-

glieder zählt. Der Jugendorganisation gehören 15 Mitglieder an. Kollege Berndt erwidert noch, seine Sprechzeit: ebenfalls von 7-8 Uhr, Sonntags vor-mittags von 10-11 Uhr, besser zu beachten. Es werden auf Antrag 7 Kollegen zur Durchberatung eines Lokalstatuts gewählt. Eine Erhöhung des Beitrages soll aber jetzt nicht stattfinden. Da auf die eingehenden Legitimationskarten von der großen Mehrheit der Kollegen so wenig Wert gelegt wird, soll eine Erneuerung nicht stattfinden. Auf Antrag der Verwaltung werden Kollegen Elsner für seine durch die Lohabewegung gehaltenen Ausgaben 50 Mk. als Entschädigung bewilligt. Es wird noch angefordert, die ureisenden Görlitzer Kollegen zu unterstützen und werden als erste Liste 100 Mk. aus der Lokalkasse einmündig bewilligt.

Leipzig. (E. 18. 7.) Die Mitgliederversammlung vom 15. Juli nahm die Abrechnung vom 2. Quartal und vom Streik entgegen. In Streitunterstützung sind aus der Zentralkasse 14 764,83 Mk. ausgegibt worden, für die Lokalkasse betragen die Ausgaben 6931,07 Mk. Trotzdem man jetzt 60 Kollegen während des Streiks abgereist sind, ist der Mitgliederbestand fast derselbe geblieben, ein deutlicher Beweis unserer Verbekraft, zugleich ein Zeichen, daß die Zeit, in der alle „Organisationsfähigen“ bei uns Mitglieder sind, nicht mehr fern ist. Dieser unserer nächsten Aufgabe soll nun mit aller Energie nachgegangen werden. Gehen sich doch vertriebene Fabrikanten die größte Mühe, nur Inorganisierte in ihren Betrieb zu bekommen. Dieser Mühe dürfte es wohl zu danken sein, daß der Kassierer bei jedem Quartalsschluß von einer Menge Rekaufnahmen berichtet kann. Wir sind diesen Rekaufnahmen sehr dankbar. Eine längere Debatte begann, als nun zu unserer Lokalkasse Stellung genommen wurde. Hierüber waren die Ansichten verschieden; 10 oder 15 Pf. mehr zur Lösung. Schließlich wurde beschlossen, 10 Pf. mehr zu erheben und am 1. August damit zu beginnen. Für Leipzig beträgt nun der wöchentliche Beitrag 70 Pf. Unter „Verchiedenes“ wird berichtet, daß die Leipziger Fabrikanten keinen der am Streik beteiligten jeht noch Arbeitslosen einstellen. Dieser kleinlichen Nachsicht gegenüber soll die örtliche Verwaltung weitere Schritte unternehmen. Als Kuriosum wird berichtet, daß Herr Winterstein mit jedem einzelnen seiner Arbeiter einen Tarifvertrag auf 5 Jahre abschließen will, und zwar ab 1. Oktober 50 Pf. Stundenlohn, vom 1. Oktober 1911 ab eine Zulage von 2 Pf. und vom 1. Oktober 1913 ab eine monatliche Zulage von 3 Pf. „Wenn das nicht hilft, hilft gar nichts mehr!“ Wie es scheint, hat die Bauarbeitersperierung etwas soziales Verhältnis bei den Unternehmern hervorgerufen. Aber daß man solche Vereinbarungen mit einer Organisation und nicht mit einzelnen Arbeitern abschließt, so weit ist es hier noch nicht gediehen. Diese Firma, die während des Streiks 60 und 70 Pf. Stundenlohn ausbezahlt hat, auch für nicht Eingearbeitete, will jetzt ihre eingearbeiteten Leute mit solchen Vereinbarungen an den Betrieb fesseln. Wer Wind fäet, wird Sturm ernten. Die wertigen Arbeitswilligen, die während des Streiks 40 Mk. und mehr verdienten, sind jetzt auf schmale Kost gestellt worden. Diese sollen jetzt auf Afford 13 Mk. pro Woche verdienen. Es wäre interessant zu wissen, woran diese große Differenz liegt, an der Arbeitskraft dieser nützlichen Elemente oder an den hohen Affordpreisen? In seinen Briefen versprach Herr Winterstein diesen Leuten, daß sie auch nach Beendigung des Streiks nicht entlassen würden; aber bei solchen Verheißungen dürften diese bald allein gehen und ihr Teil zum Ruhm dieser Firma beitragen. E. S.

Aus anderen Organisationen.

Der Textilarbeiterverband hielt seinen Verbandstag vom 20. bis 25. Juni in Berlin ab. Der Verband hat in den Krisenjahre einen Verlust von 22 000 Mitgliedern zu beklagen gehabt, der auch jetzt noch nicht wieder ganz wett gemacht ist. Ende 1900 betrug die Mitgliederzahl 104 301, dabei 35 364 weibliche. Der Verband hat ein Vermögen von 796 890 Mark. Das Unterstützungsweesen des Verbandes erstreckt auf dem Verbandstage eine wesentliche Umgestaltung. Die Streitunterstützung wird nach halbjähriger Mitgliedschaft gewährt und beträgt je nach der Beitragsklasse 1-2 Mk. pro Tag, nach einjähriger Mitgliedschaft wird 1,20-2,40 Mk. pro Tag gezahlt. Hierzu kommt pro Kind und Woche 75 Pf. in den beiden unteren, 1 Mk. in den beiden oberen Klassen. Die Gemahregelunterstützung beträgt nach der Dauer der Mitgliedschaft 1,50-2 Mk. in der unteren, 2,25-3 Mk. in der oberen Klasse, zuzüglich 75 Pf. bzw. 1 Mk. pro Kind und Woche. Die höchste Bezugsdauer ist für neue Mitglieder auf 60 Tage, für solche mit 26 Beiträgen auf 70 und mit 52 Beiträgen auf 80 Tage festgesetzt. Die Reiseunterstützung beträgt 2 Pf. pro Kilometer und wird nach 52 Beitragswochen bis zu 15 bzw. 22,50 Mk.,

nach 208 Wochen bis 30 bezw. 37,50 Mk. gewährt. Die Strafenunterstützung schwankt zwischen 12 bis 48 Mk. in der ersten, 16-56 Mk. in der zweiten, 20-64 Mk. in der dritten, 24-72 Mk. in der vierten Beitragsklasse. An Wochenenden kann der Betrag für 6 Wochen sofort nach der Geburt ausbezahlt werden. Beschlossen wird, daß die Mütterzeit bei Krankheit und Arbeitslosigkeit nicht mehr aus lokalen Mitteln bezahlt werden dürfen. Für die Angehörigen des Verbandes sollen künftig die vollen Beiträge zur sozialen Versicherung aus der Verbandskasse bezahlt werden. Das Verbandsvermögen soll den staatlichen Institutionen entgegen und bei der Kaufabteilung des Zentralverbandes deutscher Kaufmänner deponiert werden. Eine Resolution fordert vom Vorstand die Einrichtung einer Beobachtungsstelle für den Wirtschaftsmarkt, welche die Mitglieder über den jeweiligen Stand der Geschäftslage laufend unterrichten soll. Zur Gewinnung der Jugendlichen wurde eine besondere Beitragsklasse eingerichtet, die mit Streik- und Krankenunterstützung gewährt. Der Beitrag beträgt für Mitglieder bis zu 16 Jahren 10 Pf., 16-17 Jahre 20 Pf., 17-18 Jahre 30 Pf. pro Woche.

Der dreizehnte ordentliche Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher tagte in Köln a. Rh. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß unter der letzten wirtschaftlichen Krise auch das Schuhmachergewerbe schwer gelitten hat und daß die Folgen der Krise auf den Verband nicht ohne Einfluß geblieben sind.

Mit Genehmigung kommitteeiert jedoch der Vorstand, daß trotzdem die Bestrebungen des Verbandes auf eine Verbesserung der Arbeitszeit von Erfolg begleitet waren.

Demassenbericht ist zu entnehmen, daß die Gesamtsumme des Verbandes 1.900.251,13 Mk. betrug. Die Gesamtausgabe betrug 1.243.224,41 Mk., so daß am Schlusse der Geschäftsjahre noch ein Vermögen von 656.926,72 Mk. vorhanden war.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1907: 38.158 und am Schlusse des Jahres 1908: 36.336; sie ist demnach um 1822 zurückgegangen. Dieser Mitgliederertrag fällt ausschließlich auf das Jahr 1908. Im Jahre 1909 ist wieder, wenn auch langsam, eine Steigerung eingetreten, die sich im laufenden Jahre fortgesetzt hat, denn zurzeit betrug die Mitgliederzahl schon wieder 37.504.

Zur Statutenberatung lagen über 100 Anträge vor. Unter anderem auch einige, die darauf abzielten, den jugendlichen Arbeiter und Lehrlingen den Beitritt nach Möglichkeit durch verschiedene Vergünstigungen zu erleichtern.

Angenommen wurde ein Antrag, der es den Mitgliedern zur Pflicht macht, für ein gutes Einvernehmen und solidarisches Verhalten zwischen älteren und jugendlichen Arbeitern zu wirken; insbesondere soll Material gesammelt werden, in welcher Weise die Bestimmungen der neuen Gewerbeordnung eingehalten werden.

Der Deutsche Schirmmachersverband ist am 1. Juli dieses Jahres zum Holzarbeiterverband übergetreten. Zu Pfingsten 1904 in Düsseldorf gegründet, hat er es in den 5 1/2 Jahren seines Bestehens nur auf circa 400 Mitglieder gebracht. Die industrielle Schirmfabrikation erstreckt sich nur auf wenige Orte und arbeitet überdies ganz erheblich mit Heimindustrie. Das Organ des Verbandes erschien zum letzten Male am 20. Juni.

Am 19. 26. Juni tagte in München der achte Verbandstag der Holzarbeiter. Den ausgesperrten Bauarbeitern, die bereits 30.000 Mk. aus der Verbandskasse erhalten hatten, bewilligte der Verbandstag weitere 50.000 Mk. Eine größere Debatte rief die Waiseverträge hervor. Ein Antrag Berlin, der verlangt, daß Waiseverträge in Zahlstellen unter 1000 Mitgliedern entgegen dem Heberverein kommen von Generalkommission und Parteivorstand; aus der Zentralkasse unterstügt werden, wurde abgelehnt. Ebenso erging es einem Antrag München, der die Verbandsvertreter auf dem internationalen Kongress beauftragte, für Belegung der Waiseverträge auf dem Sonntag einzutreten. In der Lohnbewegungsfrage fand eine Resolution Annahme, welche u. a. verlangt, daß Tarifverträge von kürzerer Dauer als 4 Jahren nicht abzuschließen sind. Die jugendlichen Arbeiter in der Holzindustrie sollen angehalten werden, sich dem Verbände anzuschließen, wobei unter 17 Jahren die Rechte und Pflichten der weiblichen Mitglieder in Geltung kommen. Zum Schlusse wurde dem Vorstand noch ein Antrag überwiesen, sich mit der Generalkommission zwecks Gründung einer Gewerkschaftsamt ins Einvernehmen zu setzen.

Auf dem Verbandstage der Ostmarken, welcher in der gleichen Woche in Altenburg tagte, wurde ebenfalls lebhaft über Verschmelzungsfragen, besonders mit den Blumenarbeitern, debattiert. Die dazu angenommene Resolution hält die Verschmelzung vor der Hand noch für verfehlt, beauftragt aber beide Vorstände, die Frage weiter zu verhandeln und einer Lösung entgegenzuführen. Beschlossen

wurde auf diesem Verbandstage die Erhöhung der Beiträge auf 65, 45 und 25 Pf. Dafür wird die Erwerbslosenunterstützung eingeführt.

Ausland.

H. W. Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1909. Anfolge der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit, der planmäßigen Ausperrungen und der gewerkschaftszerplitternden Tätigkeit der tschechoslowakischen Separatisten in der Mitgliederzahl der 52 österreichischen Gewerkschaften um 31.971, d. h. von 447.227 auf 415.256, zurückgegangen. Der effektivste Verlust den die Gesamtorganisationen zu verzeichnen haben, beträgt rund 25.000 Mitglieder, wovon 7000 zu den tschechoslowakischen Gewerkschaften (Metallarbeiter und Maurer) übergetreten sind. Die „Gewerkschaft“, das Organ der Gewerkschafts-General-Kommission Österreichs hebt hervor, daß die Trennungsfaktion der tschechischen Sozialdemokratie den Zentralverbänden circa 20.000 Mitglieder abtreiben wird, ohne aber die Garantie zu geben, daß diese Zahl von Mitgliedern auch den separatistischen Organisationen zuteil werden wird. Ohne uns in den Nationalitätenkampf ausländischer Gewerkschaftsorganisationen hineinmischen zu wollen, müssen wir aber doch sagen, daß das Fortleben der tschech. eigene, noch Nationalitäten getrennte Organisationen haben zu wollen, dem Gedanken: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ auf das grausamste widerspricht. Es ist durchaus kein Naturgesetz, daß die Separatisten, auch dann nicht, wenn sie sich als Sozialdemokraten bezeichnen, wenn sie die einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen in der von ihnen betriebenen Art erschweren oder gefährden. Wie begrenzt die Ausfühungen der „Gewerkschaft“ sind und uns mit ihr in Uebereinstimmung, wenn sie übertritt.

Die modernen Zentralverbände werden deshalb harte Arbeit in der Mauer in den nächsten Jahren zu bewältigen haben. Kampf gegen das Unternehmertum, Kampf gegen die gelben, drücksozialen und verschiedenen „Audgewerkschaften“ und zu guter Letzt noch Kampf um die Einheit der Organisationsform der hochbewußten Arbeiterschaft gegen die Herrschaftungsversuche der Parteivertretung der tschechischen Sozialdemokratie in Österreich. Es ist wahrlich keine leichte Aufgabe, die den Zentralverbänden hier gestellt wird, sie ruhig und besonnen, wie es so manche Idealisten in der Partei wünschen, zu erfüllen. Aber Sentimentalität wäre in solchen Zeiten, wo man gegen sechs Fronten kämpfen muß, nicht nur eine Dummheit, sondern vielmehr ein bewußtes Verbrechen an den Interessen des sozialistischen Proletariats, das zu seinem Emanzipationskampfe die einheitliche gewerkschaftliche Organisation haben muß, wenn es den Kampf um mehr Prolet erfolgreich führen soll.

Die Gewerkschaften vereinnahmten 8.497.626 Kronen und verausgabten 8.235.088 Kronen. So es in Österreich verboten ist, aus den Vereinsgeldern irgendwelche Unterstüttungen für Streikende und Genesende zu zahlen, so heften sich die Gewerkschaften in der Weise, daß sie für diese Zwecke gesendete Beiträge erheben. Hier ergaben die Einnahmen die Summe von 5.200.000 Kronen, die Ausgaben 2.248.726 Kronen.

Zur Unterstüttungszwecke wurden verausgabte: Reiskostenunterstüttung 209.375 Kronen, Arbeitslosenunterstüttung 1.505.248 Kronen, Krankenunterstüttung 972.074 Kronen, Invalidenunterstüttung 254.145 Kronen, Beihilfe in Sterbefällen 195.562 Kronen, Kostfallunterstüttung 555.399 Kronen. Es belaufen sich die Kosten: für Rechtschutz 171.342 Kronen, Sachorgane 939.300 Kronen, Bildungszwecke 217.117 Kronen, Agitation und Organisation 792.646 Kronen, Verwaltungskosten (sachlich) 716.012 Kronen, (persönlich) 819.889 Kronen, Diverses 806.959 Kronen. Der Jahresüberschuss beträgt im Jahre 1909 262.000 Kronen gegenüber 100.000 Kronen im Vorjahre. Es zeigt sich hier am deutlichsten, welche Wirkungen die Krise auf die Massen der Gewerkschaften ausgeübt hat.

Der Gesamtvermögensbestand von 9.978.371 Kronen im Jahre 1908 ist im Jahre 1909 auf 9.773.911 Kronen gesunken. Von den Gewerkschaften werden 104 Nachblätter herausgegeben, und zwar 50 deutsche mit einer Auflage von 318.700, 35 tschechische 118.380, 10 polnische 21.350, 5 italienische 6200, 3 slowenische 3800 und ein russisches Nachblatt mit einer Auflage von 1000.

Der Verein der Sattler, Taschner und Wiener vereinigt in 29 Ortsgruppen 1560 männliche und 118 weibliche Mitglieder, gegen das Vorjahr eine Abnahme von 186 Mitgliedern. Vereinnahmt wurden an Eintrittsgeldern 287,80 Kronen, Beiträgen 24.216,24 Kronen, sonstiges 1432,24 Kronen. An Unterstüttungen wurden gezahlt: Reiskostenunterstüttung 1006 Kronen, Arbeitslosenunterstüttung 12.572 Kronen und in besonderen Kostfällen 378 Kronen, für Rechtschutz 136 Kronen, Sachorgane 3355 Kronen,

Bildungszwecke 860 Kronen, Agitation und Organisation 1671 Kronen, Verwaltungskosten (sachlich) 702 Kronen, (persönlich) 4292 Kronen, Diverses 663 Kronen. Am Schlusse des Jahres 1909 betrug unsere österreichische Gewerkschaftsorganisation über einen Massenbestand von 36.988 Kronen.

Der Verein der Lebergalanteriearbeiter besitzt nur in Wien Mitglieder und zwar 489 männliche und 34 weibliche. Im Laufe des Berichtsjahres ist eine Zunahme von 20 Mitgliedern zu verzeichnen. Vereinnahmt wurden 61 Kronen für Eintrittsgelder und 12.372 Kronen für Beiträge. Die Ausgaben betragen für: Reiskostenunterstüttung 64 Kronen, Arbeitslosenunterstüttung 256 Kronen, Krankenunterstüttung 2176 Kronen, Kostfallunterstüttung 131 Kronen, Sachorgane 1280 Kronen, Bildungszwecke 211 Kronen, Agitation und Organisation 462 Kronen, Verwaltungskosten (sachlich) 229 Kronen, (persönlich) 200 Kronen, Diverses 253 Kronen, insgesamt 7662 Kronen. Der Massenbestand am Schlusse 1909 betrug 28.285 Kronen.

Der sechste österreichische Gewerkschaftskongress wird von der österreichischen Gewerkschaftszentrale zum 17. Oktober und folgende Tage nach Wien einberufen. Außer geschäftlichen Angelegenheiten und Wahlen stehen Referate über den Kampf um die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation, über die Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen, über die Tätigkeit des Arbeitsschlichters Amtes und über die Sozialpolitik im Parlament auf der Tagesordnung des Kongresses.

Die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz. Die Gewerkschaftszentrale der Schweiz, der „Schweizerische Gewerkschaftsbund“, muß auch für das verfloßene Jahr 1909 einen kleinen Rückgang in der Mitgliederzahl berichten, der den Nachwirkungen der letzten Krise zugeschrieben ist. Der Gesamtmitgliederbestand betrug, einschließlich 4075 weiblichen Mitgliedern, 66.174 am Jahreschlusse 1909, gegen 69.250 am Schlusse des Jahres 1908 und 77.619 am Schlusse des Jahres 1907. Der Verlust befreit sich in den letzten drei Jahren auf insgesamt 11.445 oder 14,7 Proz., im Jahre 1909 allein auf 3076 oder 4,4 Proz. Die größten Verbände sind die der Metallarbeiter mit 13.149 Mitgliedern, der Uhrmacher mit rund 11.500 und der Holzarbeiter mit 6514 Mitgliedern.

Soziales.

Zur Förderung der staatlichen Arbeitslosenversicherung nahm die Budgetkommission des bündischen Landtags einen sozialdemokratischen Antrag gegen die Stimmen des Zentrums an. Es sollen danach noch in den diesjährigen Staatshaushalt 100.000 Mark zu dem erwähnten Zweck einsetzt werden.

Die Sozialpolitik des Zentrums. Als im Jahre 1902 das Zollwaisengesetz unter Anwendung einer Reihe von Gesichtspunkten, für welche das Zentrum den Ton angab, durchgedrückt war und der Sturm der Entrüstung, der die Ausgeplünderten erfaßt hatte, sich auch den unter Zentrumsführung stehenden christlichen Gewerkschaften mitgeteilt begab, da wurde von letzterer Seite mit besonderer Genauigkeit auf den § 15 dieses Gesetzes hingewiesen, der auf Veranlassung des Zentrums angenommen wurde und nach seinem Urheber, dem Zentrumsführer Trimborn, die Ver Trimborn genannt wird.

Diese Ver Trimborn ist ein Musterbeispiel für die Unberücksicht der von den Merkmalen gezeichneten Arbeiterfreundlichkeit. Durch die bei der ersten Lesung des Zolltarifgesetzes abgegebene Erklärung des Zentrums, wonach die Mehrerinnahmen aus den Agrarzöllen für die Witwen- und Waisenversorgung verwendet werden sollen, war beabsichtigt, die Arbeiter mit dem Zeugnis auf ihre Taten auszuweisen und ihnen glauben zu machen, daß das Zolltarifgesetz auch ihnen Vorteile bringen würde. Je weiter aber die Beratung fortschritt, desto mehr hufte das Zentrum zurück. Schließlich blieben von den vielen Klammern des Zolltarifs, welche Agrarprodukte umfassen, nur ganz wenige übrig, deren Ertrag für die „sozialpolitische Lot“ des Zentrums in Betracht kommt. Aber nicht unerwähnt sollen die Zolleinnahmen aus diesen Positionen für die Witwen- und Waisenversorgung Verwendung finden, sondern nur das Mehr, welches sich ergibt, wenn man den Einnahmen die durchschnittliche Bevölkerungszahl in den Jahren 1898 bis 1903 zugrunde legt. Mit dieser Verlausführung hat das Zentrum glücklich erreicht, daß von seiner großartigen sozialen Leistung für die Arbeiter nichts übrig bleibt, als eine leere Versprechung. Was jetzt konnte nämlich dem Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung aus dem Mehrertrag der Zölle zugeführt werden: Im Jahre 1907 = 42 Millionen, dagegen im Jahre 1908 nichts, im Jahre 1909 nichts und jetzt wird offiziös bekanntgegeben, daß auch für das Jahr 1909 nichts übrig bleibt.

Die Zentrumsführer haben nicht einmal die Entschuldigung für sich, daß dieses Resultat ihrer Ar-

beiterfürsorge nicht voranzuführen war. Von den sozialdemokratischen Rednern ist von vornherein ausgesprochen worden, daß der Ver Trimborn wenn überhaupt, dann doch nur so niedrige und dabei noch schwankende Erträge bringen würde, daß es unmöglich wäre, die Witwen- und Waisenfürsorge auf sie aufzubauen. Aber das Zentrum brauchte den Karographen, um die christlichen Arbeiter zu beruhigen und diese haben sich mit Wollust den Frei um den Mund schmieren lassen. Inzwischen ist ja der Plan, die Witwen- und Waisenfürsorge mit den Erträgen der Ver Trimborn einzurichten, endgültig aufgegeben worden. Die Kommission des Reichstages berät gegenwärtig die Reichsversicherungsordnung, die auch eine Hinterbliebenenversorgung bringen soll, bei der jedoch auf Einnahmen aus der Ver Trimborn nicht reflektiert wird. Dafür sind aber die Voraussetzungen für den Genutz der Hinterbliebenenversorgung und die Sätze derselben so bemessen, daß dabei nichts herauskommen wird als eine Almwägung der Armenlasten auf die Arbeiter, die Beiträge zahlen müssen für Almosen, welche die Armenverwaltung ohnehin verpflichtet wäre, den Arbeiterwitwen und -Waisen zukommen zu lassen, die sich in einer so elenden Lage befinden, daß die Voraussetzung für den Bezug der "Mente", wie sie der Entwurf vorsieht, erfüllt sind.

Von einem Vorteil, der den Arbeitern aus dem Zolltarifgesetz erwachsen ist, wird ja jetzt, nach diesem Fiasco der Ver Trimborn, niemand mehr zu reden wagen. Teils fühlbarer ist der Schaden, den dieses Gesetz den Arbeitern gebracht hat; um so fühlbarer, als inzwischen dank dem trauten Zusammenwirken des Zentrums mit den Konfessionen die Listen der Finanzreform hinzugekommen sind. Aber trotz des gemeinschaftlichen Wirkens der ultramontanen Volksbetrüger gibt es immer noch Arbeiter, die auf die "Arbeiterfreundlichkeit" des Zentrums schwören. Mit der Zeit werden aber auch ihnen die Augen aufgehen.

Rundschau.

Parlamentarisches. Heberall herrscht jetzt Ferienstimmung. Fröhlich und müde fuhrt die Parlamentarische ihren eintönigen Gang. Selten hat der Zeitungsschreiber irgend etwas bemerkenswertes aus der Politik zu registrieren. Ueber die Entlassung oder Einstellung neuer Minister regt sich kein Mensch mehr auf. Jedem ist es gleichgültig, wer die Ministerportefeuilles in Händen hat. Im konstitutionell regierten Deutschland kann das Parlament wohl alles wollen, aber nicht ausführen. Das wird viel gründlicher außerhalb des Ballhofbaus, nach einer gehaltenen Sonntagspredigt, oder im Lande der Mitternachtsjohannis, erledigt. — Ein Federstrich, mit der Herrlichkeit des einen Ministers ist es vorbei, ein anderer steht bang an seiner Stelle. Nicht einmal dem Bischofzeitnehmer wird Zeit gelassen, eine ordentliche Skatatur des verantwortlichen Ministers während seiner Amtszeit aufs Papier zu bringen, denn zwischen Entwurf und Druck ist so ein Staatsdiener seine Verantwortung wieder los. Nicht ganz so leicht dürfte es gelingen, den dritten im Bunde für das Reichstagspräsidium zu finden, nachdem Prinz Hohenlohe voll Abscheu vor dem schwarzblauen Schnapsblod, sich seiner Würde entledigte. Diese mannhafte Tat hat den Joru der Konfessionen und des Zentrums herausgefordert, obwohl Scham wegen Volksverrat und Volkspöherung angebracht erscheint. Es wird sich bei der Ergänzungswahl zum Präsidium zeigen, ob der Reichstag aus den Nachwahlen im Lande gelernt hat. Dabei denken wir gar nicht daran, daß in absehbarer Zeit, der Stärke gewiß, ein Sozialdemokrat ins Präsidium gelangt. Das passiert gewiß auch dann noch nicht, wenn die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages nochmals ein Hoch auf den Großherzog, gewollt oder ungewollt, stehend mit anhört oder dem Budget zustimmt. Wir zweifeln auch, daß die Sozialdemokratie im allgemeinen hoffähig wird, wenn Weich mit dem Pfeiffle, beides Mitglieder des badischen Kammerpräsidiums, angehen mit Escarpins, an der Gratulationskur im Schloße teilnehmen, die anlässlich des silbernen Hochzeitsfestes des großherzoglichen Paares stattfindet. Wir haben Vertrauen zu den badischen Arbeitern und erwarten von ihnen, daß sie noch vor dem Parteitag sagen, welche Pflichten ihre Abgeordneten auch ihnen gegenüber zu beachten haben. — Wir gehören durchaus nicht zu den jungferlich empfindsamen Naturen, die wegen jeden harten Wortes aus dem Säuschen geraten, wünschen wohl, daß angeht des Wassers, das die sozialdemokratischen Mühlen treibt, der Parteitag kurz und energisch seine Meinung hierzu sagen wird, im übrigen aber sich den Vorarbeiten der kommenden Reichstagswahlen widmet. Auf keinen Fall dürfen sich die Arbeiter in Siegesgewißheit wiegen lassen und glauben, wenn die bürgerliche Presse uns 120 Mandate prophezeit, wir sie dann auch schon sicher in der Tasche haben. Die Herren am Tisch der Regierung sitzen schon jetzt beisammen, sammeln, schmücken und be-

räten, welchen Knochen sie das nächste Mal dem Saunde Michel vorwerfen, damit er daran laut und erit zu spät merkt, wie ihm das Fell über die Ohren gezogen wird. — Ferner, nicht minder berühmt durch seinen "Schmalzer", weißen Kettig und schwarze Oberherrschafft, als wie durch die Intelligenz seiner Geistlichkeit, macht jetzt viel von sich reden. Der "geliebte" Bischof v. Henle aus Regensburg, dessen Handwerk sein müßte, in der Bibel genau Bescheid zu wissen, hat in seiner arbeitervriendlichen Tendenz zum Gelächter der Öffentlichkeit sich gründlich bloßgestellt. Das ging so zu: Der Verkehrsminister v. Kraendorfer lebte in der Kammer der Reichsräte das Verlangen einiger Scharfmacher ab, gegen den jüdischen Eisenbahnerverband energisch aufzutreten. Wohl erklärte er sich als Gegner des Streikrechts der Eisenbahner und versprach, wenn notwendig, die nötigen Maßnahmen anordnen zu wollen, im übrigen aber beweihe das Sozialministerium und die Geschichte des Christentums, daß mit Gewaltmaßnahmen auf diesem Gebiete nichts zu erreichen sei. Dieser Vergleich veranlaßte den Abkömmling einer Bauerntuchtsfamilie, den Apokalypsen Paulus zu zitiieren: "Wer Anrecht ist, soll Anrecht bleiben, wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Anrechtshaft entbunden wird!"

Damit hat der Bischof v. Henle am augenscheinlichsten die kultur- und arbeitervriendliche Tendenz kirchlicher Oberbehörden bewiesen und sie als Gegner jedes gewerkschaftlichen Bestrebens erklärt, woran gar nichts an der Tatsache ändert, daß der Bischof falsch zitiert hat. Wie nämlich ein Textfundiger feststellt, heißt es in dem ersten Brief an die Korinther (nach der Moninger Ausgabe der biblischen Sakramente vom Jahre 1770): "Bist du als Anrecht berufen, laß dich das nicht kümmern. Kannst du aber frei werden, so gebrauch dich dessen viel lieber. . . Weil ihr aber ibrer erkaufte worden, solet ihr nicht Anrecht der Menschen werden." Wir sind neugierig, ob die christlichen Gewerkschaftler die Aeußerung des Scharfmachers auf dem Bischofsstuhl in gewohnter Weise mit christlicher Demut hinnehmen oder ob sie sich mündlich zu den Lehren des verstorbenen Mainzer Bischofs v. Acteller bekennen und diesem Antigerkschaftler mit dem Krummstab deutlich zu erkennen geben, daß sie mit seiner Bibelwehre unmöglich einverstanden sind. —

Bei der Beratung der Wahlreform haben sich in Hessen Ultramontane, Liberale und Nationalliberale zur Gründung einer Gesellschaft m. b. H. zwecks Wahlrechtsraub an die arbeitende Bevölkerung zusammengefunden und einen "Sieg" errungen, durch den ihre Herrschaft den Stürmen der "roten Flut" gegenüber gesichert sein soll. Die Herren dürften auch hier die Stimmung des Volkes gründlich verkannt haben, worüber doch Friedberg-Büdinger kein Zweifel lassen hat. —

Nach beendeter Beratung der Krankenversicherung ist auch die Reichsversicherungscommission am 14. Juli in die Ferien gegangen. Wer wollte auch von ihr verlangen, während der diesmal ausbleibenden Hundstagsruhe sich für das Volkswohl abzumühen? Wenn es auf die Arbeiter ankommt, kann die Kommission ihre Ferien noch über den 20. September, unferwegen bis zu dem Sankt Kimmereinstag, ausdehnen. Denn bevor die Kommission und der Reichstag diese Gesetzesmaterie durchgearbeitet hat, sehen wir am Schluß der Session, der Reichstag wird zu Haus geschickt und alle Vorlagen fallen unter den Tisch. Bis zu den Neuwahlen und darüber hinaus gilt es für die Arbeiterschaft auf dem Warten zu bleiben, die Rechnung mit dem jetzt herrschenden System zu machen und nichts zu vergessen, worüber noch zu quittieren ist.

Wohlfleite Besuchsgelegenheit zur Westausstellung in Brüssel beschafft für die Mitglieder deutscher Konsumvereine der Allgemeine Konsumverein für Aachen und Umgegend.

Für Reise Aachen—Brüssel und zurück dritter Klasse, Eintrittskarte zur Ausstellung, Führung durch diese wie durch Brüssel, freie Verpflegung in guten Häusern und Hotels und freies Logis werden berechnet für drei Tage 30 Mk. Einzelbillette, gültig für die Fahrt Aachen—Brüssel und zurück, werden zum Preise von 6,75 Mk. gegen vorherige Bestellung ebenfalls besorgt. Der beiliegende Zug geht ab Aachen 4,20 nachmittags. Man ist dann abends in Brüssel und am anderen Morgen in der Ausstellung. Zur Ausstellung selbst in nachmittags der Eintrittspreis doppelt so hoch wie vormittags. Um die Preisermäßigung zu genießen, müssen mindestens 20 Personen sich beteiligen. Sehr zu empfehlen ist das Dreifach-Mark-Abonnement für drei Tage. Für zwei Tage kann nur eine Preisermäßigung von 5 Mk. zugestanden werden.

Anfragen und Bestellungen, richte man an den Geschäftsführer des Allgemeinen Konsumvereins für Aachen, J. Gonrath, Kurhausstr. 131.

Die politische Neutralität des Zentralorgans der deutschen Arbeitgeberverbände. Die deutsche "Arbeitszeitung", errichtet in denen Nr. 28 durch einen flammeuden Aufruf an alle Arbeitgeber, sich zum gemeinsamen Kampfe gegen die sozialdemokratische Partei zusammenzuschließen, eine sehr dringliche Forderung. Die Furcht vor den kommenden Reichstagswahlen läßt die Leitung dieses Blattes alle bisher geübte Neutralität in politischen Fragen vergessen. Sie sieht schon im voraus 120 rote Abgeordnete in das Reichsparlament einziehen und glaubt infolgedessen darauf hinwirken zu müssen, daß eine derartige Verschiebung der parteipolitischen Gesamtstellung unbedingt denjenigen Überwasser verleihe würde, die damit aus sind, unterkammer um die wirtschaftlichen Folgen, die heimische Wählerzeugung auf dem Wege fortgesetzter Verwerdung der Vohrarbeiterschaft auf untragbare Weise zu belagern. Aus diesen und einigen anderen nicht minder posierlichen und erbaulichen Gründen wünscht daher die "Deutsche Arbeitszeitung", daß der unglückigen Zerstückelung der bürgerlichen Parteien ein Ende bereitet wird. Wenn also wieder einmal diese oberste Instanz aller Arbeitgeberverbandsinteressen ungebührliche Neutralitätsverletzungen irgendeines Gewerkschaftsblattes zeitweiliglich versuchen sollte, so wird man gut daran tun, sich die vorstehend skizzierte politische Gleichgültigkeit der "Deutschen Arbeitszeitung" ins Gedächtnis zurückzurufen.

Gastung für Tarifvertragsbruch. Eine für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sehr wichtige Entscheidung hat nach dem "Berliner Votell-Anzeiger" das Reichsgericht in einer Klage des Arbeitgeberverbandes der Holzindustriellen gegen den Holzarbeiterverband getroffen. Die vom Reichsgericht aufgestellten Rechtsgrundsätze sind insoweit besonders bemerkenswert, als sie zum Ausdruck bringen, daß die Organisationen, die ihre Angehörigen zu vertragswidrigem Verhalten veranlassen und sie dabei unterstützen, sich haftbar machen, und zwar nach dem Rechtsgrundsatz, daß auch der einzelne Arbeitgeber aus dem Tarifvertrage Rechte gegenüber der gegnerischen Organisation und deren Mitglieder erworben hat. Danach kann bei einem Tarifvertragsbruch Schadenersatz verlangt und eingeklagt werden, und zwar von jedem einzelnen Mitgliede der beteiligten Organisationen. Ein Tarifvertrag fällt daher nicht unter den Begriff der Koalition. Zahlstellen und Ehrenglieder der sind haftbar für Schäden aus dem Tarifvertragsbruch, sobald ihnen eine Verletzung der Vertragspflicht nachgewiesen wird.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Bei Durchsicht der bis jetzt eingelaufenen Abrechnungen wurde wiederholt festgestellt, daß die Ortsverwaltungen die Heberbeiträge der Jugendlichen, also die Ausstellung der Verbandsmitgliedskarte, selbständig vornehmen. Nach den hierseitig erlassenen Bestimmungen sind diese Heberbeiträge nur durch die Hauptverwaltung zu vollziehen. Des ferneren sind diese neuen Mitglieder auch in der "Mitgliederbewegung" zu registrieren, und zwar auf der untersten freien Zeile. Weiter haben wir vielfach die Beobachtung gemacht, daß man Lehrlinge aufgenommen hat, welche nur noch einen und zwei Monate zu lernen hatten, in einzelnen Fällen sogar nur noch acht und vierzehn Tage. Es kann nicht im Interesse der jungen Leute liegen, noch in mehreren, wenn auf solche unniße Art das Verbandsmaterial verkleinert wird. Wenn die Lehrlinge in solchen Fällen nach Beendigung ihrer Lehrzeit eintreten, kommen sie ebenso schnell in den Genutz ihrer Rechte und spielen diese wenigen Beiträge, welche sie vorher geleistet haben, gar keine Rolle. Wir bitten, dieses beachten zu wollen.

Die unipunktlichen Ortsverwaltungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorstand den Beschluß gefaßt hat, von seinem Recht, welches ihm durch § 13 Absatz 7 gegeben ist, jetzt strittigen Gebrauch zu machen. Demzufolge erhalten die Verwaltungen Stellen, welche vier Wochen nach Quartalschluß (also 28. Juli) die Abrechnung des vergangenen Quartals nicht eingekandt haben, keine Zeitungen und sonstige Materialien mehr. Um der Unipunktlichkeit zu steuern, ist der Vorstand genötigt, das Statut in Kraft treten zu lassen.

Sonnabend, den 31. Juli, haben die Kaiserer festzustellen, wieviele anfällige und zugereifte Arbeitslose sich am Orte befinden,

damit die Eintragung auf der Statistikkarte richtig gemacht werden kann.

Am Antrag der Ortsverwaltung Wanken wurde das Mitglied Heinrich Sobrad, Buchnummer 1017, nach § 2a des Statuts ausgeschlossen.

Die Mitgliedsliste Nr. 10031, auf den Namen Max Ehrlich, ab. am 1. März 1881, eingetretten am 17. Januar 1910, angesetzt, ist als verloren gemeldet. Diese Karte wird hiermit für ungültig erklärt.

Der Kollege Anton Komenda aus Schwabach (Mähren) wird hiermit aufgefordert, die 4 Mk., die er unrechtmäßigweise von dem Kassierer der Stuttgarter Verwaltungsstelle zu viel an Reiterunterstützung bezogen hat, wieder zurückzugeben.

Der Vorstand.

Einsendungen der Verwaltungsstellen vom 1. Juni bis 16. Juli 1910.

Table with 3 columns: City, Amount, and City. Lists contributions from various locations like Altenburg, Augsburg, Ansbach, Braunschweig, Bonn, Brandenburg, etc.

Alfred Niesel, Hauptkassierer.

Briefkasten der Redaktion.

H. H. in Berlin. So sehr das Verhalten des Sattlermeisters Lange und des Sattlergesellen Julius Anruh aus Ostpreußen zu verurteilen ist, so wenig können wir Ihre Zuschrift veröffentlichen, da wir mit der Schilderung ähnlicher Vorkommnisse mehrere Spalten unseres Organs füllen könnten.

Bücherschau.

Zivilprozessrecht, ein Leitfaden für Laien, Studierende und Juristen. Von Dr. Max Strauß, Rechtsanwalt in Worms. (Aus Natur und Geisteswelt.) Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 315. Bändchen.) Verlag von W. G. Teubner in Leipzig. 8. 1910. Geh. 1 Mk., in Leinwand geb. 1,25 Mk.

Gegen den Militarismus richtet sich ein neues, soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, erschienenes Heft der Sozialdemokratischen Flugblätter. Preis 10 Pf. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die bösen Sozialdemokraten. — Das Heer gegen den inneren Feind. — Das stehende Heer. — Der Kasernenkult. — Der Kommissarismus im bürgerlichen Leben. — Die Heereskosten. — Kosten pro Soldaten. — Das Heer der pensionierten Offiziere. — Die Schuldenlast. — Der Soldaten beste Freunde. — Die Augenwendung.

„Arbeiter-Jugend.“ Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nummer 15 heben wir hervor: Die politischen Parteien: Das Zentrum. Von J. Vor-

wardt. — Das Sozialbewusstsein von W. Schröder. — Drei Freunde. Von S. Thurn. — Vom gelunden und kranten Drogen. Mit Abbildungen.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung der Jugend. — Aus der Praxis der Jugendbewegung. Vom Kriegsdienst. Die Gegner an der Arbeit.

Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis 20 Pf. Aus dem Inhalt des empfehlenswerten Schriftchens heben wir die folgenden Kapitel hervor: Was versteht man unter Alkoholfrage? — Häufigkeit der Alkoholverletzungen. — Alkohol und Verbrechen. — Lebensdauer der Abstinenten und der Wägen. — Die Ursachen des Alkoholismus. — Die Trinkfalle, der Trinkzwang. — Das Proletariat und der Alkohol. — Warum wir Abstinente sind.

Sterbetafel.

Im Walde bei Hochheim wurde die Leiche des seit dem 3. Osterfesttage vermissten Mitgliedes

Christian Heinrich Weil, Entheim aufgefunden. W. war 39 Jahre alt, ledig und seit 1910 organisiert.

Ehre sei einem Andenken!



Anzeigen

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsge nossen Deutschlands, „Hoffnung“, K. H. 64, Berlin.

Mitglieder-versemmlungen.

Tagesordnung:

- 1. Berichterstattung des Delegierten über den Verlauf der Generalversammlung und Quartalsbericht.
2. Kassenangelegenheiten, Neuwahlen.
3. Verschiedenes.

Mannheim. Samstag, den 23. Juli, abends 9 Uhr, im Lokal „Zur Bergstraße“, S. 4 Nr. 9.

Gaffel. Sonnabend, den 30. Juli, abends 9 Uhr, bei Sommer, Grabenstr. 50, Hauptmitglieder-versemmlung.

Ghemmig. Sonnabend, den 30. Juli, abends 9 Uhr, im Restaurant Gochegarten, Zwiadauerstr.

Samburg. Sonnabend, den 30. Juli, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Wesenbinderhof 57 L.

Zimmer Nr. 2. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Wahl der halben Ortsverwaltung. 3. Bericht vom Verband freier Krankentassen. 4. Verschiedenes.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder u. verw. Geschäftszweige. (Eingeführ. Hilfskassen.) Verwaltungsstelle Offenbach am Main.

Dienstag, den 26. Juli 1910, abends 1/2 9 Uhr.

Generalversammlung

im „Lindenbaum“, Offenbach a. M., Sandgasse.

Tages-Ordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Wahl der Ortsverwaltung.
3. Bericht über den Erfolg der eingegangenen freiwilligen Beiträge für den Ausgestorbenen-Fonds.
4. Kassenangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Die Ortsverwaltung.

Für erstes Berliner Sattlergeschäft werden.

2 selbständige Sattelmacher

auf dauernde Beschäftigung gesucht. Auch 1 Damensattelmacher

würde vollkommene Beschäftigung finden. Offerten unter Chiffre J. 84 an die Exp. der Sattler- u. Portef.-Blg.

Sattlerei

mit Ladengeschäft und städtischer Arbeit, seit 1886 bestehend, wegen Zurücklegung preiswert veräußert. Offerten unter E. H. 113 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Verfallungskalender.

Baden. Sonnabend, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr, zur „Stadt Zitzau“, Mitglieder-versemmlung.

Göln. Sonnabend, den 30. Juli, abends 9 Uhr, im „Vollshaus“ Mitglieder-versemmlung.

Lüßeldorf. Dienstag, den 26. Juli, im „Vollshaus“ Mitglieder-versemmlung mit Vortrag.

Offen. Sonnabend, den 30. Juli, abends 9 Uhr, im Restaurant Schwiering, Rheinischestr. Mitglieder-versemmlung.

Sera (Neuß). Sonnabend, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-versemmlung.

Mannheim. Samstag, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-versemmlung.

München. Samstag, den 30. Juli, abends 8 Uhr, im „Lampgarten“, Jägerstr. 14, Mitglieder-versemmlung.

Offenbach a. M. Montag, den 25. Juli, abends 8 Uhr, Mitglieder-versemmlung im „Gewerkschaftshaus“, Auitr. 9.

Stuttgart. Samstag, den 6. August, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Ehlinger Str. 17, Mitglieder-versemmlung.

Akerfen. Sonnabend, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Waders Herberge Mitglieder-versemmlung.

Wlm. Samstag, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Sobentwiel, Mitglieder-versemmlung. Vortrag des Kollegen Hg-Stuttgart.

Unterzeichnete Schärfschnittbesitzer Berlins

empfehlen den verehrten Verbandskollegen, Portefeullern und Reiserattelfachern ihre Schärfschnitten mit der gleichzeitigen Mitteilung, daß ab 1. Februar dieses Jahres bei den Unterzeichneten die gleichen Preise bei besser und prompterer Bedienung zur Anrechnung gelangen. Unterzeichnete haben sich auch verpflichtet, nur gelernte Sattler und Portefeuller zur Bedienung an der Schärfschnittmaschine unter den vom Verband der Sattler und Portefeuller gestellten Bedingungen einzustellen.

Zudem wir hoffen, daß uns die Kollegenchaft mit ihren Aufträgen berücksichtigen wird, zeichnen hochachtungsvoll

Die vereinigten Schärfschnittbesitzer Berlins

- Wilhelm Hef, SO., Reichenergerstr. 4.
August Heß, S., Luisenufer 80.
Wilhelm Kolarczyk, SO., Reichenergerstr. 159.
Erich Wehl, S., Luisenufer 94.
Gebr. Wühl, SO., Köpenickerstr. 155/156.
Richard Seemann, S., Dresdenerstr. 80.

Herr Hans Hoffmann, Sebastianstr. 84, ist nicht mehr Mitglied unserer Vereinigung. Die Obliegen.

Geschäfts-Empfehlung!

Unterzeichnete empfehlen sich den verehrten Verbandskollegen, Portefeullern und Sattlern, alle vorkommenden Schärfschnittarbeiten prompt und zur Zufriedenheit auszuführen.

Ihren werten Aufträgen entgegengehend zeichnen achtungsvoll

F. Koch und J. Uelhoven, Offenbach a. M., Bleichstr. 9.

Am 1. Juli beginnt ein neues Abonnement der Zeitschrift

„In Freien Stunden“

Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk:

In Wochenheften, je 24 Seiten, für 10 Pfennig

Mit Gratisbeilage erhalten die Leser mit dem 52. Heft das zweifarbige Kunstblatt:

Flußlandschaft mit Windmühle von Jacob Kniphael.

Jeder Leser unseres Blattes lasse sich von dem Parteibuchhändler ein Probeheft vorlegen.